

**Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe**

## INHALT

### **GI Aktuell**

Seite 28

### **GI Leitsätze**

Seite 28, 41, 52

### **Notarhaftung**

Haftung für Hilfspersonen · Feststellung des Grundbuchinhalts · Neue Rechtsprechung des BGH  
(BGH, Urt. v. 23.11.1995 – IX ZR 213/94)

Seite 29

### **Fristenkontrolle**

Anfertigung der Rechtsmittelschrift · Computerprogramm  
(BGH, Beschl. v. 20.2.1995 – II ZB 16/94)

Seite 34

### **Fristenkontrolle**

Unverschuldetes Fristversäumnis · Anweisung an neue Bürokräft · Weisung an Bürokräft  
(BGH, Beschl. v. 18.10.1995 – I ZB 15/95)

Seite 35

### **Anwaltshaftung**

Testamentsberatung · Verlust von Gesellschaftsanteilen  
(BGH, Urt. v. 13.6.1995 – IX ZR 121/94)

Seite 37

### **Fehlerhafte Steuerauskunft**

Schaden · Beweislast  
(OLG Hamm, Urt. v. 3.5.1995 – 25 U 129/94)

Seite 42

### **Steuerberaterhaftung**

Fristversäumnis · Nicht ordnungsgemäßer WE-Antrag  
Steuerberatergebühr im Regreßprozeß · Leistungsverzug  
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 13.10.1994 – 13 U 217/93)

Seite 47

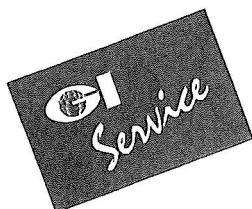
### **Steuerberaterhaftung**

Verjährungsbeginn · Sekundärer Schadenersatzanspruch · Mandatsende  
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 22.6.1995 – 13 U 150/94)

Seite 50

### **GI Hinweise**

Seite 52



Info-Fax: (02 21) 144-51 55

Info-Tel.: (02 21) 144-72 28

## **GI Rechtsprechungs- änderung / BFH**

### **Nachweis der Bevollmächtigung zur Vertretung im finanzgericht- lichen Verfahren nur durch Vorlage der Originalvollmacht**

Nach der Finanzgerichtsordnung (FGO) können sich die Beteiligten im Verfahren vor den Finanzgerichten durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen (§ 62 Abs. 3 Satz 1 FGO). Der Bundesfinanzhof (BFH) hat durch Urteil vom 28.11.1995 VII R 63 95 entschieden, daß die Bevollmächtigung nur durch die Vorlage der schriftlichen Vollmacht im Original nachgewiesen werden kann; es reicht daher zum Nachweis der Bevollmächtigung nicht aus, daß der Prozeßbevollmächtigte dem Gericht die ihm schriftlich erteilte Prozeßvollmacht durch Telefax übermittelt. Der BFH folgte der Auffassung des Bundesgerichtshofs, die dieser zuvor hinsichtlich der entsprechenden für das Verfahren vor den Zivilgerichten geltenden Bestimmung in § 80 Abs. 1 der Zivilprozeßordnung vertreten hatte. (Pressemittteilung des Bundesfinanzhofs vom 18.1.1996)

## **GI Aktuell**

### **Vorlage der Anlage E nach Be- standskraft des Steuerbescheides**

Bis einschließlich 1995 wird die Steuerfreistellung des Existenzminimums dadurch gewährleistet, daß bei Steuerpflichtigen, deren Erwerbsbezüge bestimmte Grenzen nicht überschreiten (1994: 13.607 DM/27.215 DM; 1995: 15.173 DM/30.347 DM; jeweils Ledige/Ehegatten, die sog. Zusatztabellen angewendet werden. Voraussetzung hierfür ist, daß in einer besonderen Anlage E oder in der Einkommensteuererklärung Angaben zu den Erwerbsbezügen gemacht werden. Ist dies unterblieben und legt der Steuerpflichtige die Angaben zu den Erwerbsbezügen erst nach Eintritt der Bestandskraft des jeweiligen Einkommensteuerbescheides vor, läßt die Finanzverwaltung es zu, daß der betreffende Steuerbescheid wegen neuer Tat-

sachen (§ 173 Abs. 1 Nr. 2 AO) noch zu Gunsten des Steuerpflichtigen geändert werden kann. (Vfg. OFD Nürnberg v. 22. 8. 1995 – S 0351 – 191/St 124 – STEUERTELEX 1995, 644)

## **GI Leitsätze**

### **Klageerhebung / Anbringung beim Finanzamt / neue Rechtsprechung**

1. Für das Anbringen einer Klage beim Finanzamt gemäß § 47 Abs. 2 FGO genügt es, wenn dieselbe in einem verschlossenen und postalisches an das FG adressierten Briefumschlag in den Briefkasten des Finanzamts eingeworfen oder beim Finanzamt abgegeben wird. Die Klageschrift muß nicht derart in den Verfügungsbereich des Finanzamts gelangen, daß es von ihrem Inhalt Kenntnis nehmen kann (Änderung der Rechtsprechung).
2. Aus der durch § 47 Abs. 2 FGO den Finanzämtern zugewiesenen Aufgabe folgt deren Verpflichtung, den Eingangstag z.B. dadurch zu dokumentieren, daß sie auf dem an das FG gerichteten Briefumschlag einen Eingangsstempel anbringen.  
(BFH, Ur. v. 26. 4. 1995 – I R 22/94 – LEXinform 0127099 – Steuer-Telex 2622)

#### **Anmerkung:**

Die Kenntnisnahme von der Klageschrift durch das Finanzamt ist nicht mehr nötig. Das Finanzamt ist empfangsbevollmächtigt und hat eine Pflicht zur Weiterleitung.

### **Steuerhaftung / GmbH-Geschäftsführer / Steuerberaterverschulden**

Dem Geschäftsführer einer GmbH als Haftungsschuldner kann ein Verschulden des steuerlichen Beraters der GmbH bei der Fertigung von Steuererklärungen nicht zugerechnet werden. Trifft ihn persönlich kein Auswahl- oder Überwachungsverschulden und hat er keinen Anlaß, die inhaltliche Richtigkeit der von dem steuerlichen Berater gefertigten Steuererklärung der GmbH zu überprüfen, so haftet er nicht für Steuerverkürzungen, die auf fehlerhaften Steuererklärungen beruhen.

(BFH, Ur. v. 30. 8. 1994 – VII R 101/92 – WPK-Mitt. 1995, 99 = BStBl 95 II, 278)

## Notarhaftung

- Haftung für Hilfspersonen
- Feststellung des Grundbuchinhalts
- Neue Rechtsprechung des BGH  
(BGH, Urt. v. 23. 11. 1995 - IX ZR 213/94)

### Leitsatz:

**Der Notar haftet für das Verschulden von Hilfspersonen bei der Grundbucheinsicht wie für eigenes.**

### Tatbestand:

Die Klägerin erhielt von ihrer Mutter ein Grundstück geschenkt, das mit einer - in Abteilung II Nr. 1 des Grundbuchs eingetragenen - Grunddienstbarkeit (Baubeschränkung) belastet war. Danach dürfen im wesentlichen bewohnte Gebäude nur zwei Stockwerke zuzüglich Dach- und Kellergeschoß haben.

Durch einen von dem beklagten Notar am 12.3.1987 beurkundeten Kaufvertrag verkaufte die Klägerin das Grundstück lastenfrei weiter. In dem Kaufvertrag heißt es, der Beklagte habe „die Grundakten am 12.3.1987 eingesehen und die Grundbuchlage mit den Beteiligten erörtert. Eintragungen in den Abteilungen II und III des Grundbuches liegen nicht vor“. Der Beklagte hatte durch einen in seiner Kanzlei tätigen Rechtsanwalt das Grundbuch zweimal einsehen lassen. Dieser hatte die in Abteilung II Nr. 1 des Grundbuches seit 1922 eingetragene Grunddienstbarkeit für gelöscht gehalten, weil er eine bloße „Rötung“, die zudem lediglich einen bei dieser Grunddienstbarkeit eingetragenen Rangvermerk - die letzten zwei von zwölf Zeilen - betraf, als Löschung der Grunddienstbarkeit selbst gedeutet hatte.

Die Käufer verlangen von der Klägerin Schadensersatz wegen der Baubeschränkung. Sie hat ihnen 14.408,81 DM Prozeßvorbereitungskosten erstattet; ihre eigene vorprozessuale anwaltliche Vertretung kostete sie 11.996,90 DM.

Im vorliegenden Prozeß fordert die Klägerin vom Beklagten Erstattung der 26.405,71 DM;

ferner begehrt sie die Feststellung, daß der Beklagte ihr allen durch die Nichtbeachtung der Grunddienstbarkeit im Kaufvertrag weiter entstandenen Schaden zu ersetzen habe. Die Klage blieb in beiden Vorinstanzen erfolglos. Mit der Revision verfolgt die Klägerin ihr Begehren weiter.

Das Rechtsmittel hat Erfolg.

### Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat ausgeführt: Jeder Notar dürfe sich bei der nach § 21 BeurkG gebotenen Feststellung des Grundbuchinhalts gehörig ausgewählter, angeleiteter und überwachter, sachkundiger sowie zuverlässiger Hilfspersonen bedienen. Der für den Beklagten tätige Rechtsanwalt sei bei der Erfüllung des Inhalts von Grundbüchern mehrjährig erprobt und bewährt gewesen und von der Aufsichtsbehörde sogar wiederholt zum Notarvertreter bestellt worden. Für die dem Rechtsanwalt bei der Einsicht unterlaufenen Fehler brauche der Beklagte nicht einzustehen; § 278 BGB gelte nicht für die Notarhaftung.

II.

Diese Beurteilung hält den Angriffen der Revision nicht stand. Der Beklagte haftet dem Grunde nach für die fehlerhafte Grundbucheinsicht.

1. Bei Geschäften, die im Grundbuch eingetragene oder einzutragende Rechte zum Gegenstand haben, soll sich der Notar nach § 21 Abs. 1 Satz 1 BeurkG **über den Grundbuchinhalt unterrichten**. Die Vorschrift stellt es in das pflichtgemäße Ermessen des Notars, wie er sich unterrichtet; er kann sich aller im zuverlässig erscheinenden Mittel bedienen (*amtliche Begründung zu § 21 BeurkG, BT-Drucks. V/3282 S. 33; Senatsurteil v. 13. 6. 1995 - IX ZR 203/94, WM 1995, 1502, 1503 m.w.N. = GI 95, 256; Reitzmann/Röll/Gebele, Handbuch der notariellen Vertragsgestaltung 5. Aufl. Rdnr. 203*). Für die Richtigkeit der Einsicht hat er aber im Rahmen des § 19 Abs. 1 BNotO haftungsrechtlich einzustehen.



Für den Fall, daß der Notar sich einer anderen Person zur Grundbucheinsicht bediente, sah § 36 Abs. 1 Satz 2, 2. Halbsatz BNotO a.F. ausdrücklich vor, daß die Verantwortlichkeit des Notars hierdurch nicht gemindert werden. Diese Norm ist durch § 57 Abs. 17 Nr. 8 BeurkG (BGBl. 1969 I 1513, 1524) aufgehoben worden, ohne daß ausdrücklich eine andere Bestimmung getroffen worden wäre. In der amtlichen Begründung zu § 21 BeurkG (aaO) heißt es vielmehr ausdrücklich: „Die ins einzelne gehenden Vorschriften des § 36 BNotO werden ... nicht übernommen.“ Hierdurch ist bewußt eine Regelungslücke geschaffen worden, die durch allgemeine Haftungsnormen auszufüllen ist.

**2. Der Notar ist selbständiger Träger eines öffentlichen Amtes, nicht Beamter. Gleichwohl ist eine vorsichtige Verwertung von Grundsätzen des allgemeinen Beamtenrechts zur Ausfüllung von Lücken im Notarrecht möglich, weil der Beruf des Notars dem öffentlichen Dienst sehr nahegerückt ist und gewisse Ähnlichkeiten mit einem Beamtenverhältnis aufweist** (BVerfGE 17, 371, 377 f; BGHZ 64, 214, 217). Der Beamte haftet für rechtswidrige und schuldhaft Amtspflichtsverletzungen nach § 839 BGB – wie der Notar gemäß § 19 BNotO – persönlich. Anstelle des Beamten haftet jedoch nach Art. 34 Satz 1 GG der Staat oder die anstellende öffentlich-rechtliche Körperschaft, wenn der Handelnde in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes tätig wurde. „Beamte“ in diesem haftungsrechtlichen Sinne sind auch Personen, die zwar nicht Beamte im staatsrechtlichen Sinne sind, die aber hoheitliche Aufgaben ausüben, die ihnen vom Staat oder einer sonst dazu befugten Körperschaft anvertraut worden sind (BGHZ 11, 192, 197 f; BGB-RGRK/Kreft, 12. Aufl. § 839 Rdn. 49, 50 und 140).

Weiter **haftet der Staat** oder die anstellende Körperschaft sogar **für eingeschaltete private Hilfspersonen**, wenn deren Tätigkeit unmittelbar in den hoheitlichen Aufgabenbereich der Körperschaft fällt (vgl. BGHZ 108, 230, 232, 235 f; BGH, Ur. v. 24. 5. 1973 – III ZR 148/70, NJW 1973, 1650). Der hierfür vorauszusetzende enge äußere und innere Zusammenhang zwischen

der schädigenden Handlung und der auf eine hoheitliche Tätigkeit gerichteten Zielsetzung wurde insbesondere angenommen für den **frei-beruflich tätigen Prüfer oder Sachverständigen, den eine Behörde mit fachspezifischen Untersuchungen oder Begutachtungen zur Vorbereitung ihrer hoheitlichen Tätigkeit beauftragt** (BGHZ 39, 358, 360 f; 49, 108, 115 f; BGH, Ur. v. 19. 12. 1960 – III ZR 194/59, NJW 1961, 969, 970 f; v. 13. 5. 1968 – III ZR 182/67, NJW 1968, 2293, 2294; v. 11. 1. 1973 – III ZR 32/71, NJW 1973, 458), für das **Führen eines Kraftfahrzeugs** durch eine Privatperson im öffentlich-rechtlichen geregelten **rettungsdienstlichen oder Abschleppesatz** (BGHZ 121, 161, 164 f; BGH, Ur. v. 21. 3. 1991 – III ZR 77/90, VersR 1991, 1053, 1054) **sowie für Schüler, die im Turnunterricht der Schule Hilfestellung leisten** (BGH, Ur. v. 3. 7. 1958 – III ZR 88/57, VersR 1958, 705, 706).

Allerdings beruht jene Überleitung der Haftung vom Verwaltungshelfer auf den Staat oder die anstellende Körperschaft letztlich stets auf Art. 34 Satz 1 GG. Diese Norm gilt für den Notar als selbständigen Amtsträger im allgemeinen nicht (§ 19 Abs. 1 Satz 4 BNotO). Ausnahmsweise tritt für die „Notare im Landesdienst“ in Baden-Württemberg gemäß Art. 34 Satz 1 GG in Verbindung mit § 839 BGB ausschließlich Staatshaftung ein. Bedient sich ein derartiger Notar zur Grundbucheinsicht einer Hilfsperson, so haftet der Staat ohne weiteres, wenn dieser Hilfsperson ein vorwerfbarer, zu einem Schaden führender Fehler unterläuft.

**3. Im privatrechtlichen Bereich wird das Verschulden von Erfüllungsgehilfen** gem. § 278 BGB dem an sich Verpflichteten, für den sie handeln, zugerechnet. Die Vorschrift beruht auf dem Gedanken, daß jeder Schuldner für seinen Geschäfts- und Gefahrenkreis gegenüber seinen Gläubigern verantwortlich ist und daß hierzu auch die Tätigkeit seiner Hilfspersonen gehört (BGHZ 62, 119, 124; Larenz, Schuldrecht Allgemeiner Teil 14. Aufl. § 20 VIII S. 297). **Wer den Vorteil der Arbeitsteilung in Anspruch nimmt, soll auch deren Nachteil tragen**, nämlich das Risiko, daß der an seiner Stelle handelnde Gehilfe schuldhaft rechtlich



geschützte Interessen des Gläubigers verletzt (BGHZ 95, 128, 132; Palandt/Heinrichs, BGB 54. Aufl. § 278 Rdn. 1).

**Die Zurechnungsnorm des § 278 BGB setzt keinen Vertrag zwischen Gläubiger und Schuldner voraus. Es genügt eine bestehende rechtliche Sonderverbindung auf gesetzlicher Grundlage** (vgl. BGHZ 58, 207, 214f; BGH, Urt. v. 21. 3. 1961 – VIZR 149/60, VersR 1961, 450, 452; v. 13. 1. 1984 – VZR 205/82, NJW 1984, 1748, 1749). Der Rechtsgedanke des § 278 gilt – über § 62 Satz 2 VwVfG – grundsätzlich auch im öffentlichen Recht (RGZ 112, 290, 293; 130, 96, 98f; 152, 129, 132; RG DR 1943, 854f; BGHZ 4, 138, 152; BVerwGE 13, 17, 22; Palandt/Heinrichs aaO § 278 Rdn. 4 i. V. m. § 276 Rdn. 130). Er ist insbesondere auf nicht-vertragliche öffentlich-rechtliche Sonderverbindungen anzuwenden, soweit diese eine dem privatrechtlichen Schuldverhältnis vergleichbare Leistungs- oder Obhutsbeziehung zum Gegenstand haben (vgl. RGZ 131, 67, 79f; RG JW 1933, S. 1389 Nr. 5; BGHZ 54, 299, 303; BGH, Urt. v. 28. 10. 1976 – III ZR 155/74, NJW 1977, 197; v. 15. 12. 1977 – III ZR 118/75, VersR 1978, 253, 254). **Die verletzten Pflichten müssen allerdings über allgemeine Amtspflichten i. S. des § 839 BGB hinausgehen**; nur ein zwischen dem einzelnen und der öffentlich-rechtlichen Körperschaft bestehendes besonderes, enges Verhältnis kann Grundlage für eine sinnngemäße Anwendung des § 278 BGB sein (BGHZ 61, 7, 11; vgl. auch BGHZ 21, 214, 220f; BGH, Urt. v. 27. 6. 1963 – III ZR 5/62, NJW 1963, 1826).

a) **Letzteres wurde bisher für die Rechtsbeziehungen zwischen dem Notar und den Rechtsuchenden nahezu einhellig abgelehnt** (RGZ 162, 24, 28; RG JW 1933, S. 1766 Nr. 3; 1936, 2535f; BGH, Urt. v. 4. 10. 1956 – III ZR 41/55, DNotZ 1958, 33, 34; v. 3. 2. 1976 – VI ZR 86/74, DNotZ 1976, 506, 508; Haug, Die Amtshaftung des Notars Rdn. 127; Arndt, BNotO 2. Aufl. § 19 Anm. II 1.2; Seybold/Schippel/Haug, BNotO 6. Aufl. § 19 Rdn. 123; Wolfsteiner, DNotZ 1972, 59, 60; vgl. ferner BGH, Urt. v. 10. 11. 1988 – IX ZR 31/88, WM 1988, 1853, 1854 unter II 2 = GI 89, 94; a. M. Carl JW 1933, 1756f). Zur Begründung wird darauf hingewiesen, zwischen

dem Notar und den einzelnen Beteiligten bestehe kein besonderes Schuldverhältnis – als Grundlage für eine Anwendung des § 278 BGB –, vielmehr habe der Notar seine Amtsgeschäfte in eigener Person zu erledigen. Das ist richtig, soweit der Gehilfe unselbständige Vorbereitungs-, Unterstützungs- oder Ausführungsarbeiten verrichtet. Keine der genannten Gerichtsentscheidungen betraf indessen den Fall, daß der Notar Hilfspersonen mit selbständigen, nicht in vollem Umfang nachzuprüfenden Vorarbeiten für Urkundsentwürfe betraute, insbesondere mit der Einsicht ins Grundbuch oder in ähnliche öffentliche Register. **Für die fehlerhafte Feststellung des Grundbuchinhalts durch einen Gehilfen wurde und wird im Gegenteil wiederholt eine Haftung des Notars unabhängig von § 36 BNotO a. F. angenommen** (OLG Celle NdsRpfl 1962, S. 181 Nr. 10; Huhn/von Schuckmann, BeurkG 2. Aufl. § 21 Rdn. 10f; Riedel/Feil, BeurkG § 21 Rdn. 5, S. 272; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars 5. Aufl. Rdn. II 197 bis 200, insbesondere S. 314).

b) **Jedenfalls auf die Fälle der selbständigen Registereinsicht durch einen Notargehilfen ist der Grundgedanke des § 278 BGB anzuwenden. Die allgemeinen Amtspflichten des Notars im Sinne von § 19 BNotO sind solche, die er persönlich zu erfüllen hat. Dazu gehört im Rahmen des § 21 BeurkG grundsätzlich auch die Grundbucheinsicht. Darf er sie – allein zu seiner eigenen Arbeitserleichterung – ausnahmsweise durch Hilfskräfte wahrnehmen lassen und macht er von dieser Delegationsmöglichkeit Gebrauch, so entsteht im selben Umfange eine rechtliche Sonderbeziehung zu allen Betroffenen als Grundlage für eine sinnngemäße Anwendung des § 278 BGB.** Das ergibt sich im einzelnen aus folgenden Erwägungen:

Der Rechtsuchende ist auf die Betreuung durch den Notar angewiesen; öffentliche Beurkundungen sind im wesentlichen ihm vorbehalten (§ 1 BeurkG). Seine betreuende Tätigkeit hat im Rechtsleben eine überragende Bedeutung und dient den Interessen der Verkehrsteilnehmer. Wesentliche Voraussetzung für die Beurkun-

dung von Grundstücksgeschäften ist die zutreffende Ermittlung der Grundbuchlage; auf dieser Grundlage baut der rechtsgeschäftliche Wille der Beteiligten im Sinne von § 17 Abs. 1 Satz 1 BeurkG auf. Auf die Feststellung des Notars über den Grundbuchinhalt müssen sich die Beteiligten – die zu derartigen Ermittlungen oft selbst nicht in der Lage sind – unbedingt verlassen können. Das ist dem Notar, der jene wesentliche Vorarbeit durch eine Hilfskraft ausführen läßt, ohne weiteres erkennbar. Demgegenüber haben die Beteiligten auf die Delegationsentscheidung des Notars und die Auswahl des Gehilfen keinen Einfluß. Die große Bedeutung der Tätigkeit und die Abhängigkeit der Betroffenen davon begründen eine gegenüber den allgemeinen Amtspflichten gesteigerte Fürsorgepflicht des Notars im Sinne einer individuellen Sonderrechtsbeziehung. Gerade der Umstand, daß der Verpflichtete die Hilfskraft allein im eigenen Interesse heranzieht, stellt eine wesentliche Rechtfertigung für die Regelung des § 278 BGB dar (vgl. BGH, *Urt. v. 13.1.1984 – V ZR 205/82, NJW 1984, 1748, 1749 unter 2 b*).

**Indem der Notar das Grundbuch nicht selbst einsieht, schafft er eine gesteigerte Gefahrenquelle, die durch eine besondere Rechtsbeziehung zu den Beteiligten wettzumachen ist.** Demnach war § 36 Abs. 1 Satz 2, 2. Halbsatz nur Ausdruck eines ohnehin geltenden allgemeinen Haftungsgrundsatzes; da die Vorschrift ihn nicht selbst geschaffen hat, beseitigt deren Aufhebung ihn auch nicht.

Der Bundesgerichtshof ist bereits in der Vergangenheit davon ausgegangen, daß zwischen dem Notar und den Urkundsbeteiligten eine rechtliche Sonderverbindung i.S. von § 278 BGB besteht, die dazu führen kann, daß sich der Beteiligte seinerseits das Verschulden seiner Hilfspersonen zurechnen lassen muß (*Urt. v. 2.6.1981 – VI ZR 148/79, WM 1981, 942, 943 unter II 2 a*). Umgekehrt wirkt sich diese Sonderbeziehung dann zugunsten der Beteiligten aus, wenn der Notar seine Amtspflichten nicht in vollem Umfang in eigener Person wahrnimmt. **Für den geschädigten Urkundsbeteiligten wäre es aus Sachgründen nicht einzu- sehen, wenn ihm Schadensersatz wegen**

**des Verschuldens einer vom Notar herangezogenen Hilfsperson nur zugebilligt würde, sofern ein „Notar im Landesdienst“ beauftragt wurde.** Die Unterscheidung nach der Art der bestellten Notare ist für den Rechtssuchenden nur schwer nachzuvollziehen.

c) Rechtsanwalt G., den der Beklagte mit der Grundbucheinsicht betraut hatte, war somit dessen Erfüllungsgehilfe auch gegenüber der Klägerin als Beteiligter (§ 6 Abs. 2 BeurkG). Die vom Beklagten gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 BeurkG geschuldete Grundbucheinsicht erstreckte sich darauf, ob der Vollziehung des beurkundeten Rechtsvorgangs nach dem Grundbuch rechtliche Hindernisse entgegenstanden (vgl. *Arndt aaO Anhang zu § 19 BNotO in § 21 BeurkG Anm. II 3*). Soll, wie hier, ein Grundstück verkauft werden, so ist deshalb regelmäßig zu prüfen, ob im Grundbuch Lasten eingetragen sind (vgl. *BGH, Urt. v. 12.7.1968 – VI ZR 91/66, DNotZ 1969, 173, 174; OLG Celle NdsRpfl 1962, S. 181 Nr. 10; vgl. Haug aaO Rdn. 516*). Daß die in Abteilung II Nr. 1 des Grundbuchs eingetragene Grunddienstbarkeit nicht festgestellt wurde, verstieß mithin gegen § 21 Abs. 1 Satz 1 BeurkG.

Rechtsanwalt G. hat fahrlässig gehandelt (§ 276 Abs. 1 Satz 1 BGB), indem er die Grunddienstbarkeit für gelöscht hielt. Die Löschung eines Rechts oder einer Verfügungsbeschränkung erfolgt gemäß § 46 Abs. 1 GBO durch Eintragung eines Löschvermerks. Ein solcher fehlte hier. Darüber hinaus ist nach § 17 Abs. 2 Satz 1 GBVfg bei Löschungen in der zweiten oder dritten Abteilung des Grundbuchs die gesamte gelöschte Eintragung rot zu unterstreichen; wird lediglich ein Teil „gerötet“, so ist allenfalls dieser Teil der Eintragung oder der darauf bezügliche Vermerk (vgl. § 17 Abs. 2 Satz 2 GBVfg) gelöscht. Diese Kenntnis ist für alle Personen, die im Auftrage eines Notars den Grundbuchstand feststellen sollen, vorauszusetzen.

4. Auf das Vorbringen des Beklagten, er habe Rechtsanwalt G. **gehörig ausgewählt und überwacht**, kommt es aus Rechtsgründen nicht an. **§ 278 BGB läßt einen solchen Entlastungsnachweis nicht zu.** Demgegenüber ist § 831 Abs. 1 Satz 2 BGB, welcher auf einen derartigen Beweis abstellt, nicht zugunsten des

Notars anzuwenden, der das Grundbuch durch Hilfspersonen einsehen läßt (*für einen derartigen Entlastungsbeweis im Ergebnis aber OLG Köln DNotZ 1975, 369, 370 f; anscheinend auch Arndt aaO § 21 BeurkG Anm. II 3 a. E.*); erst recht hat nicht der Geschädigte zu beweisen, daß der Notar bei der Auswahl der Hilfsperson nicht die gebotene Sorgfaltspflicht beachtet hat (*so aber anscheinend Haug aaO Rdn. 523; Keidel/Kuntze/Winkler, FFG 12. Aufl. Teil B § 21 BeurkG Fußn. 23; Mecke/Lerch, BeurkG 2. Aufl. § 21 Rdn. 5*).

*Hinsichtlich der Grundbucheinsicht wird dem Notar das Verschulden des Gehilfen zugerechnet. Eine Regelung, die statt dessen allein auf eigene Pflichtwidrigkeiten des Notars bei der Auswahl, Anleitung und Überwachung der Hilfskräfte abstellt, würde dem Rechtssuchenden nicht den erforderlichen und gebotenen Schutz gewähren.* Er ist für seine Entscheidung dringend auf eine fehlerfreie Feststellung des Grundbuchinhalts selbst angewiesen, nicht nur auf die verantwortungsvolle Auswahl der Einsicht nehmenden Person. Sein Vertrauen gilt dem Notar als Amtsträger persönlich. Dieser kann es nicht allein zu seiner eigenen Arbeitserleichterung mit haftungsrechtlich befreiender Wirkung auf andere übertragen. Unterlaufen der Hilfsperson – sogar wenn sie ordnungsgemäß ausgewählt sein mag – grundlegende Fehler, wie im vorliegenden Falle, so fällt das in den alleinigen Einfluß- und Verantwortungsbereich des Notars.

Ein wesentlicher Unterschied zur Schadensersatzpflicht sogar des Geschäftsherrn aus § 831 BGB kommt hinzu: Gelingt diesem der Entlastungsbeweis, so haftet dem Geschädigten regelmäßig wenigstens der Verrichtungsgehilfe, der die unerlaubte Handlung begangen hat. Hingegen würde den Urkundsbeteiligten niemand haften, wenn der Notar sich von der Verantwortlichkeit für fehlerhafte Grundbucheinsicht entlasten könnte. Denn der Notargehilfe ist nicht Vertragspartner der Urkundsbeteiligten; auch verletzt er durch fahrlässig falsche Grundbucheinsicht durchweg nicht seinerseits ein absolut geschütztes Recht (§ 823 Abs. 1 BGB) der Urkundsbeteiligten, ein Schutzgesetz i.S.

von § 823 Abs. 2 BGB oder gar § 826 BGB. In einem so wesentlichen Bereich darf der rechtsuchende Bürger nicht allein durch den Nachweis schutzlos gestellt werden, daß die das Grundbuch fehlerhaft einsehende Person ordnungsgemäß ausgewählt war.

### III.

1. Das angefochtene Urteil erweist sich nicht aus anderen Gründen als richtig (§ 563 ZPO).

Das Berufungsgericht hat insbesondere mit Recht nicht die Ansicht des Landgerichts übernommen, ein Schadensersatzanspruch der Klägerin sei gemäß § 254 Abs. 1 BGB ausgeschlossen, weil sie das weit überwiegende Mitverschulden an der Schadensentstehung treffe. Verfahrensfehlerhaft begründet ist bereits die vom Landgericht vorgenommene Gleichsetzung der im Schenkungsvertrag beurkundeten Belehrung über das Bestehen der hier fraglichen Grunddienstbarkeit mit einer positiven Kenntnis der Klägerin. Nach der – vom Beklagten selbst wiedergegebenen – Darstellung der Klägerin war die Grunddienstbarkeit anlässlich des Schenkungsvertrages nur kurz erwähnt worden. Darüber hinaus will die Klägerin diesem Umstand gerade im Hinblick auf die Schenkung keine Bedeutung beigemessen und ihn in den 7 1/2 Monaten bis zum Abschluß des Kaufvertrages vergessen haben. Hiervon abgesehen, ist es gerade Aufgabe des den Kaufvertrag beurkundenden Notars, die Beteiligten auf die Bedenken hinzuweisen, die sich aus dem Grundbuch gegen den vorgesehenen Vertragsinhalt ergeben (RG JW 1936, 2535).

Dies gilt auch dann, wenn ein Beteiligter zwar die zugrundeliegenden Tatsachen kennt, aber deren Bedeutung für das Rechtsgeschäft falsch einschätzt (*vgl. BGH, Urt. v. 19.12.1991 – IX ZR 8/91, WM 1992, 527, 529 f = GI 92, 229*). Danach mag zwar ein Mitverschulden der Klägerin vorliegen. Es schließt aber jedenfalls nicht die Haftung des Beklagten ganz aus.

.....



## **Fristenkontrolle**

- Anfertigung der Rechtsmittelschrift
  - Computerprogramm
- (BGH, Beschl. v. 20. 2. 1995 – II ZB 16/94)

### **Leitsatz:**

**Der ein Rechtsmittel einlegende Rechtsanwalt wird von der Verpflichtung, die Rechtsmittelschrift auf Richtigkeit und Vollständigkeit selbst zu überprüfen, durch die Verwendung eines speziell für die Rechtsmitteleinlegung erarbeiteten Computerprogramms nicht entbunden.**

.....

### **Aus den Gründen:**

I.

Die Beklagten, drei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sind durch Urteil des Landgerichts vom 8.3.1994 verurteilt worden, dem Kläger zur Vorlage beim Finanzamt eine Bescheinigung über die in den Jahren 1986 und 1987 angefallene Körperschaftsteuer zu erteilen. Gegen das den gemeinsamen – auch beim Oberlandesgericht zugelassenen – Prozeßbevollmächtigten der Beklagten am 22.3.1994 zugestellte Urteil haben diese mit einem am 22.4.1994 beim Berufungsgericht eingegangenen Schriftsatz Berufung eingelegt.

In diesem Schriftsatz, dem das erstinstanzliche Urteil beigelegt war, ist lediglich die Beklagte zu 1 als Berufungsklägerin aufgeführt. In einem weiteren Schriftsatz vom 2.5.1994, der am 3.5.1994 beim Berufungsgericht eingegangen ist, haben die Prozeßbevollmächtigten der Beklagten „klargestellt“, daß die Berufung namens aller drei Beklagten eingelegt worden sei. Sie haben gleichzeitig vorsorglich für die drei Beklagten nochmals Berufung eingelegt und hilfsweise namens der Beklagten zu 2 und 3 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt. Die Beklagten haben dazu vorgetragen: Die Berufungsschrift vom 22.4.1994 sei mit Hilfe eines in der Kanzlei ihrer Prozeßbevoll-

mächtigten für eine derartige Maßnahme verwendeten Computer-Standardprogramms angefertigt worden. Aus nicht mehr nachvollziehbaren Gründen sei dabei entgegen der erteilten Weisung von den drei Beklagten nur die Beklagte zu 1 als Berufungsklägerin aufgeführt worden. Dies sei dem die Berufungsschrift unterzeichnenden Prozeßbevollmächtigten nicht aufgefallen; ein solcher Fehler sei in den zehn Jahren, in denen jenes Computer-Programm eingesetzt worden sei, noch nie vorgekommen.

Das Berufungsgericht hat durch den angefochtenen Beschluß den Wiedereinsetzungsantrag zurückgewiesen und die Berufung der Beklagten zu 2 und 3 als unzulässig verworfen. Dagegen richtet sich die sofortige Beschwerde der Beklagten zu 2 und 3.

II.

Die sofortige Beschwerde ist zulässig, aber nicht begründet.

1. Das Berufungsgericht hat, was die Bezeichnung der die Berufung einlegenden Partei betrifft, die Berufungsschrift vom 22.4.1994 für unvollständig und die Beklagten zu 2 und 3 auch im Wege der Auslegung nicht als Berufungskläger für erkennbar gehalten. Das entspricht der **ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, wonach zum notwendigen Inhalt einer Berufungsschrift die Angabe gehört, für und gegen wen das Rechtsmittel eingelegt werden soll** (BGHZ 21, 168, 173; BGH, Urt. v. 30. 4. 1991 – VI ZR 82/90, NJW 1991, 2725). Die Beschwerdeführerinnen greifen den angefochtenen Beschluß insoweit nicht an und wenden sich auch nicht gegen die Beurteilung der zweiten Berufungseinlegung als verspätet.

2. Zum Wiedereinsetzungsantrag hat das Berufungsgericht ausgeführt, es könne nicht ausgeschlossen werden, daß die Fristversäumung auf einem Verschulden der Prozeßbevollmächtigten der Beklagten beruhe. Wenn auch ein Computerfehler vorgelegen haben möge, so habe doch der Rechtsanwalt, der ein Rechtsmittel einlege, auch in einem solchen Fall den Inhalt der Rechtsmittelschrift eigenverantwortlich zu prüfen; dies habe der die Berufungs-

schrift unterzeichnende Bevollmächtigte hier offensichtlich nicht getan. Die Beschwerdeführer halten demgegenüber eine solche Überprüfungspflicht bei Einsatz eines standardisierten Computerprogramms nicht für gegeben. Sie meinen, es bestehe kein Anlaß, einen Schriftsatz zu lesen, von dem der Anwalt wisse, daß der Computer ihn – wie in vielen vorangegangenen Fällen – unter Verwendung des dafür bestimmten Programms nach Eingabe des dafür geltenden Befehls richtig ausgedruckt haben müsse.

Dieser Ansicht der Beschwerdeführerinnen kann nicht gefolgt werden. Die **Anfertigung einer Rechtsmittelschrift** gehört wegen der hohen Bedeutung dieser Tätigkeit und wegen der inhaltlichen Anforderungen an einen solchen Schriftsatz zu den Geschäften, **die der Rechtsanwalt nicht seinem Büropersonal überlassen darf, ohne das Arbeitsergebnis auf Richtigkeit und Vollständigkeit selbst sorgfältig zu überprüfen** (st. Rspr.; vgl. BGH, Beschl. v. 29. 4. 1982 – IZB 2/82, VersR 1982, 769, 770 m.w.N. und v. 10. 7. 1985 – IVa ZB 8/95, VersR 1985, 970, 971). Von dieser Verpflichtung entbindet den Rechtsanwalt auch die Verwendung eines speziell **für die Rechtsmitteleinlegung erarbeiteten Computerprogramms** nicht.

Dessen richtiges Funktionieren setzt im konkreten Fall voraus, daß die Daten zutreffend eingegeben und bei der jeweiligen Maßnahme die richtigen Befehle erteilt werden. Auch wenn es, wie die Beklagten offenbar geltend machen wollen, sich hier schon vor der Berufungseinlegung erwiesen haben sollte, daß das EDV-Gerät beim Aktivieren des entsprechenden Programms die Prozeßparteien richtig und vollständig bezeichnete und diese Bezeichnungen richtig ausdrückte, so schloß dies für den jeweiligen Einzelfall einen Bedienungsfehler nicht aus. Die Möglichkeit eines solchen Fehlers läßt sich gerade für den hier zu entscheidenden Fall nicht von der Hand weisen. Die Annahme der Beschwerdeführerinnen, es sei aufgrund eines technischen Computerversagens nur „die erste Zeile des ersten Berufungsklägers“ ausgedruckt worden, dürfte nicht zutreffen. Denn dann hätte sich vor der Firmenbezeichnung der ersten Beklagten die

zugehörige Ordnungsnummer (1.) befinden müssen; auch sie fehlt indessen. Der Sinn der Pflicht des Anwalts, die Rechtsmittelschrift selbst zu überprüfen, besteht auch darin, solche Fehler zu korrigieren.

## Fristenkontrolle

- Unverschuldetes Fristversäumnis
  - Anweisung an neue Bürokraft
  - Weisung an Bürokraft
- (BGH, Beschl. v. 18. 10. 1995 – IZB 15/95)

### Leitsatz:

**1. Besteht die Möglichkeit einer verschuldeten Fristversäumung, kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht gewährt werden.**

**2. Zur Frage des Verschuldens eines Rechtsanwalts, wenn dieser eine mit der Aufgabenerfüllung in der Anwaltskanzlei noch nicht hinreichend vertraute Mitarbeiterin mit der Veranlassung eines Botengangs beauftragt, ohne eine Ausgangskontrolle vornehmen zu lassen, und dadurch die Frist zur Einlegung der Berufung versäumt wird.**

### Aus den Gründen:

I.

Gegen das ihr am 3.2.1994 zugestellte Urteil des Landgerichts Zwickau vom 28.1.1994 hat die Beklagte mit Schriftsatz ihres Prozeßbevollmächtigten vom 2.3.1994 – eingegangen beim Berufungsgericht am 4.3.1994 – Berufung eingelegt. Am 23.3.1994 hat sie wegen Versäumung der Berufungsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand begehrt. Sie hat dazu vorgebracht, ihr Prozeßbevollmächtigter habe seine Sekretärinnen F. und G. mit der Fertigung der Berufungsschrift beauftragt. Diese hätten am Morgen des 2.3.1994 gemeinsam die Schrift und eine Mandatsbestätigung angefertigt. Frau G., die ihren Dienst in der Kanzlei erst am 21.2.1994 angetreten habe, sei dabei von

Frau F. und dem Prozeßbevollmächtigten selbst in die Bearbeitung derartiger Aufträge eingewiesen worden. Gegen 15.00 Uhr desselben Tages habe der Prozeßbevollmächtigte die ihm vorgelegte Berufungsschrift und die Mandatsbestätigung an den Hauptbevollmächtigten unterzeichnet. Dabei habe er Frau F. oder Frau G. wegen des Fristablaufs mündlich die Anweisung gegeben, die Schrift noch am selben Tag beim Berufungsgericht durch Boten einzureichen. Entsprechend der Übung der Kanzlei ihres Prozeßbevollmächtigten werde in derartigen Fällen die Post einem Kanzleiangehörigen zum Einwurf mitgegeben, an dessen Heimweg das Berufungsgericht liege. Im Streitfall sei dieser Übung ersichtlich nicht entsprochen worden, wobei nicht mehr nachvollziehbar sei, wie die Berufungsschrift tatsächlich an das Berufungsgericht gelangt sei. Obwohl die Absendung der Berufungsschrift nicht in dem Postbuch eingetragen sei, müsse diese auf dem Postweg an das Berufungsgericht gelangt sein.

Das Berufungsgericht hat den Wiedereinsetzungsantrag zurückgewiesen und die Berufung der Beklagten als unzulässig verworfen.

Hiergegen richtet sich die sofortige Beschwerde der Beklagten, mit der sie unter Aufhebung des angefochtenen Beschlusses die Gewährung der Wiedereinsetzung erstrebt.

Die Klägerin beantragt, die sofortige Beschwerde zurückzuweisen.

## II.

Die gegen den Beschluß des Berufungsgerichts gerichtete sofortige Beschwerde ist zulässig; sie hat aber in der Sache keinen Erfolg.

1. Nach § 233 ZPO ist **Wiedereinsetzung** in den vorigen Stand zu gewähren, wenn eine Partei ohne ihr Verschulden an der Einhaltung der Frist gehindert war. Diese Voraussetzung hat das Berufungsgericht hier verneint, weil den Prozeßbevollmächtigten der Beklagten ein Verschulden an der Fristversäumung treffe, das sich die Beklagte zurechnen lassen müsse (§ 85 Abs. 2 ZPO). Ein Prozeßbevollmächtigter habe, so hat das Berufungsgericht ausgeführt, wegen der verfahrensrechtlichen Bedeutung von Fristen dafür Sorge zu tragen, daß fristgebundene

Schriftstücke nicht nur rechtzeitig angefertigt würden, sondern auch innerhalb der Frist beim Gericht eingingen. Dies setze Sicherungsmaßnahmen für sämtliche Arbeitsgänge voraus, bei denen das Schriftstück außer Kontrolle geraten könne. Diesen Anforderungen habe der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten im Streitfall nicht entsprochen. Er habe sich nicht allgemein mit der – hinsichtlich der angesprochenen Person nicht konkretisierten – Anweisung begnügen dürfen, die Berufungsschrift per Boten zum Gericht zu schaffen, weil aus seiner Sicht nicht festgestanden habe, wann und durch wen die Schrift zum Berufungsgericht verbracht werde, habe es noch einer Endkontrolle bedurft, ob die Anweisung korrekt umgesetzt worden sei.

Des weiteren gereiche es dem Prozeßbevollmächtigten zum Verschulden, daß er – möglicherweise – mit Frau G. **eine erst zehn Tage in seiner Kanzlei tätige Sekretärin** mit der Sicherstellung der Beförderung beauftragt habe. Denn der Anwalt habe sich bei der Sekretärin G. nicht auf eine zuverlässige Ausführung seiner Anweisung verlassen dürfen. Es könne offenbleiben, ob die Tätigkeit der Sekretärin G. nicht sogar Elemente einer Fristkontrolle aufgewiesen habe, weil ihr selbst nicht der Botengang an sich, sondern bloß seine Veranlassung übertragen worden sei. Selbst bei einfachen Hilfsleistungen dürfe der Anwalt sich bei einer nicht erprobten Kraft, um die es sich bei Frau G. nach erst zehntägiger Tätigkeit in der Kanzlei gehandelt habe, nicht ohne eine Kontrolle auf die gewissenhafte Ausführung der Anweisung verlassen. Die Unklarheit, ob der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten seine Anweisung nicht eventuell seiner erfahrenen Sekretärin F. erteilt habe, stehe dieser Beurteilung nicht entgegen. Beim Vortrag zweier Geschehensabläufe (Anweisung an Frau F. oder Frau G.), wie im Streitfall, sei schon dann von einem Verschulden auszugehen, wenn, wie hier, jedenfalls bei einer der Sachverhaltsalternativen ein Verschulden vorliege.

2. Die gegen diese Beurteilung gerichteten Angriffe der sofortigen Beschwerde greifen nicht durch. Das Berufungsgericht hat die Wiedereinsetzung zu Recht versagt. **Der eigene Vor-**



**trag der Beklagten läßt die Möglichkeit offen, daß die Fristversäumung deshalb verschuldet war, weil der Anwalt eine unerfahrene Kraft mit der Veranlassung des Botengangs beauftragt hatte, ohne eine Ausgangskontrolle vorzunehmen oder vornehmen zu lassen. Ist aber die Möglichkeit einer verschuldeten Fristversäumung gegeben, kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht gewährt werden (BGH, Beschl. v. 26.9.1991 – I ZB 12/91, NJW 1992, 574 = VersR 1992, 637).**

Zu den Aufgaben eines bevollmächtigten Rechtsanwalts gehört es, wie das Berufungsgericht zutreffend ausgeführt hat, wegen der verfahrensrechtlichen Bedeutung von Fristen dafür Sorge zu tragen, daß ein fristgebundener Schriftsatz wie die Berufungsschrift innerhalb der Frist bei dem zuständigen Gericht eingebracht wird. Um die zuletzt genannte Verpflichtung ordnungsgemäß zu erfüllen, reicht eine mündliche Anweisung an eine erst zehn Tage in der Kanzlei beschäftigte Sekretärin, auch wenn es sich bei dieser – wie bei Frau G. – um **eine Facharbeiterin für Schreibtechnik** handelt, ohne die Durchführung einer Kontrolle nicht aus. Nach der Lebenserfahrung – Abweichendes hat die Beklagte im Streitfall nicht vorgetragen – kann nicht davon ausgegangen werden, daß eine erst so kurz in einer Anwaltskanzlei beschäftigte Mitarbeiterin die maßgebliche Bedeutung der Einhaltung von Fristen so nachhaltig zur Kenntnis genommen hat, daß sie bereits als hinreichend zuverlässig angesehen werden kann, um die sichere Ausführung einer derartigen Anweisung zu gewährleisten. Auch die von der sofortigen Beschwerde hervorgehobene Tatsache, daß Frau G. als Facharbeiterin für Schreibtechnik bereits mehrere Jahre – zuletzt als Vorstandssekretärin – im Beruf gestanden und bei ihrer Einstellung in die Dienste der Anwaltskanzlei Zeugnisse vorgelegt hat, die ausnahmslos erstklassig gewesen seien und ihr namentlich eine uneingeschränkte Zuverlässigkeit bescheinigt hätten, steht dieser Beurteilung nicht entgegen.

Grund für die Versagung der Wiedereinsetzung ist nicht, daß der Prozeßbevollmächtigte der

Beklagten eine nicht zuverlässige Mitarbeiterin mit der Beförderung der Berufungsschrift an das Berufungsgericht beauftragt hätte. Die Wiedereinsetzung kann vielmehr deshalb nicht gewährt werden, **weil der Prozeßbevollmächtigte eine in den Tätigkeiten einer Mitarbeiterin in einer Anwaltskanzlei noch nicht hinreichend erfahrene Kraft damit beauftragt hatte, für die Beförderung der Schrift zu sorgen, ohne die Durchführung dieser Anweisung durch eine eigene oder von einer anderen Mitarbeiterin durchzuführende Kontrolle zu überwachen.** Ohne eine derartige Kontrolle durfte der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten eine ordnungsgemäße Ausführung seiner Weisung mit Blick auf die nur kurze Beschäftigung von Frau G. in seiner Kanzlei nicht voraussetzen.

Bei dieser Sachlage bedarf es keiner Entscheidung darüber, ob der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten sich mit einer bloßen Anweisung an Frau F., die Besorgung der Berufungsschrift durch Boten zu veranlassen, hätte begnügen dürfen, weil es sich bei Frau F. um eine bereits längere Zeit in der Anwaltskanzlei tätige Mitarbeiterin handelte.

## Anwaltshaftung

- Testamentsberatung
- Verlust von Gesellschaftsanteilen  
(BGH, Urt. v. 13.6.1995 – IX ZR 121/94)

### Leitsatz:

**Zur Haftung des Rechtsanwalts für eine Beratung bei einer Testamenterrichtung, die zum Verlust von Gesellschaftsanteilen des Erblassers führt.**

### Tatbestand:

Der Kläger ist Testamentsvollstrecker über den Nachlaß des K.E. (nachfolgend: Erblasser). Dieser hielt unter anderem Kommanditanteile im Werte von zusammen rund 14 Mio. DM an zwei Kommanditgesellschaften. Nach den Gesell-

schaftsverträgen für beide Gesellschaften geht der Geschäftsanteil eines verstorbenen Gesellschafters auf seine Erben über; gegenüber Erben, die keine Mitgesellschafter oder Abkömmlinge des Verstorbenen sind, können die übrigen Gesellschafter jedoch beschließen, daß jene als Gesellschafter gegen eine Abfindung zum bilanziell erreichten Verkehrswert – ohne Berücksichtigung des Firmenwerts – auszuscheiden haben.

Der Erblasser ließ sich Entwürfe für ein notarielles Testament erstellen und beauftragte den beklagten Rechtsanwalt, sie zu überprüfen. In dem danach beurkundeten Testament setzte der Erblasser seine Ehefrau sowie sein einziges Kind je zur Hälfte als Erben ein und ordnete Testamentsvollstreckung an. Nach dem Tode des Erblassers am 3.11.1989 beschlossen die Gesellschafter beider bezeichneten Kommanditgesellschaften, die Witwe auszuschließen; sie erhielt eine Abfindung von zusammen 2.284.800 DM.

Der Kläger meint, der Beklagte hätte eine testamentarische Regelung vorschlagen müssen, die den hälftigen Verlust der Kommanditanteile verhindert hätte. Er verlangt aus eigenem sowie abgetretenem Recht der Witwe und des Sohnes des Erblassers Ersatz des Unterschiedsbetrages zwischen dem wahren Wert der Anteile und der an die Witwe gezahlten Abfindungen sowie Ersatz der auf den Anteil der Witwe entfallenden Gewinnanteile, zuletzt insgesamt begrenzt auf einen Betrag von 490.000 DM. Die Klage blieb in beiden Vorinstanzen erfolglos. Dagegen richtet sich die Revision des Klägers.

Das Rechtsmittel hat Erfolg.

### **Aus den Gründen:**

#### **I.**

Das Berufungsgericht hat ausgeführt:

Der Witwe des Erblassers stünden keine Ansprüche zu, weil sie nicht in den Schutzbereich des Anwaltsvertrages einbezogen worden sein, den der Erblasser mit dem Beklagten geschlossen habe. Der Erblasser habe seiner Ehefrau so wenig wie möglich zuwenden wollen; ihr habe nur so viel verbleiben sollen, daß

sie nicht die Erbschaft ausschlage und den Pflichtteil fordere. Andererseits sei es – insbesondere im Hinblick auf eine Behinderung des Sohnes – Ziel des Erblassers gewesen, den Sohn bestmöglich abgesichert zu sehen. Die Ehefrau habe also in den Schutzbereich des Beratungsvertrages nur insoweit einbezogen sein sollen, als sie überhaupt Erbin habewerden sollen, nicht aber in welchem Ausmaße oder gar hinsichtlich der Gesellschaftsanteile.

Der Sohn habe jedenfalls keinen Schaden erlitten. Zwar hätte er bei vertragsgemäßer Beratung durch den Beklagten allein die vollen Kommanditanteile des Vaters erhalten, dafür jedoch erbrechtlich einen wertmäßigen Ausgleich an die Mutter leisten müssen. Denn erklärtes Ziel des Erblassers sei es gewesen, die Ehefrau als hälftige Miterbin zu bedenken. Dadurch wäre der auf den Sohn entfallende Nachlaßwert entsprechend gemindert worden.

#### **II.**

Diese Ausführungen sind nicht haltbar.

1. Sie sind schon in sich widersprüchlich: Ansprüche der Witwe schließt das Berufungsgericht aus, weil der Erblasser sie nicht habe begünstigen wollen. Damit ist es nicht vereinbar, daß es einen Schaden des Sohnes mit der Begründung verneint, der Erblasser habe die Witwe auf jeden Fall hälftig bedenken wollen. Wer einen Erben so uneingeschränkt bedenken will, will ihn auch entsprechend begünstigen. Wegen dieses Denkfehlers bindet die tatrichterliche Würdigung nicht das Revisionsgericht.

2. Im übrigen hat das Berufungsgericht – wie die Revision zutreffend rügt – übersehen, daß der Kläger vorrangig aus eigenem Recht als Testamentsvollstrecker klagt.

a) Diese Begründung zu dem einheitlichen Antrag ist – entgegen der Auffassung der Revisionsverantwortung – auch im Revisionsverfahren zu berücksichtigen, weil der Tatbestand des Berufungsurteils ergänzend auf die Schriftsätze der Parteien Bezug nimmt. Dem steht hier nicht eine ausdrückliche Feststellung des Berufungsgerichts entgegen (vgl. dazu BGH, Urt. v. 7.12.1993 – VI ZR 74/93 – WM 1994, 462, 465).

Denn dieses stellt nicht etwa fest, daß der Kläger nicht aus eigenem Recht klagt. Vielmehr übergeht es diese Klagebegründung nur. Daß es allein Ansprüche aus abgeleitetem Recht untersucht, schließt eine Klageforderung aus eigenem Recht nicht aus.

b) Ein **Anspruch des Klägers als Testamentsvollstrecker ist hier rechtlich möglich**. Dieser verwaltet gemäß § 2205 BGB den Nachlaß umfassend. Das Berufungsgericht hätte also prüfen müssen, ob der Erbengemeinschaft als solcher Schadensersatzansprüche gegen den Beklagten zustehen. Davon ist nach dem Vorbringen des Klägers auszugehen.

aa) Gemäß dem Klagevortrag wollte der Erblasser die vollen Kommanditanteile jedenfalls seinen Erben insgesamt erhalten. **Der von ihm mit dem Beklagten abgeschlossene Beratungsvertrag hatte auch Schutzwirkung für die Erben**. Davon ist auszugehen, soweit nach den ausdrücklichen Erklärungen oder dem schlüssigen Verhalten der Vertragsparteien bestimmten oder wenigstens objektiv abgrenzbaren Dritten Schutzrechte aus dem Vertrage zustehen sollen (§ 328 BGB). Das gilt auch für Anwaltsverträge (BGH, Urt. v. 6.7.1965 – VI ZR 47/64 – NJW 1965, 1955, 1956 f; v. 11.1.1977 – VI ZR 261/75 – NJW 1977, 2073, 2074; v. 10.10.1985 – IX ZR 153/84 – NJW 1986, 581, 582 = GI 44/85; v. 1.10.1987 – IX ZR 117/86 – NJW 1988, 200, 201 = GI 88, 100; v. 13.7.1994 – IV ZR 294/93 – NJW 1995, 51, 52 = GI 95, 58; Vollkommer, Anwaltshaftungsrecht Rdn. 68 ff; Lorenz JZ 1995, 317, 320 f). **Hier war gerade die Vermögensübertragung auf die Erben Gegenstand der vom Beklagten geschuldeten Beratung**. Für diesen war zudem erkennbar, daß der Erblasser die gewillkürte Erbfolge nicht nur erstrebte, um seine eigenen Vorstellungen noch über seinen Tod hinaus möglichst zu verwirklichen. Daß der Erblasser gerade seinen – behinderten – Sohn umfassend und dauerhaft sichern wollte, räumt der Beklagte selbst ein. Zur Verwirklichung seiner angestrebten Vorstellung gehörte zwangsläufig zugleich eine Berücksichtigung der pflichtteilsberechtigten Ehefrau. Letztlich wollte der Erblasser sein Vermögen sogar möglichst als Ganzes erhalten wissen

und nach dem Tode des Sohnes in eine Familienstiftung überführen. Unter diesen Umständen hatte der Beklagte keinen Anlaß zur Annahme, die Ehefrau solle aus dem Schutzbereich des Vertrages ausgenommen sein, obwohl sie in dem entworfenen Testament zur hälftigen Miterbin bestimmt war. Der Beklagte war deshalb bei der Erfüllung seiner Beratungspflicht zugleich gegenüber beiden Erben verantwortlich.

bb) Der geltend gemachte Schadensersatzanspruch wegen der Verletzung des Anwaltsvertrages steht gegebenenfalls auch dem vom Kläger verwalteten Nachlaß zu. Der hier allein entscheidende Vermögenswert der Kommanditanteile beider Erben fiel mindestens in Gestalt des künftigen Anspruchs auf das Auseinandersetzungsguthaben in den Nachlaß. Diese von der Mitgliedschaft nach § 717 BGB trennbaren und deshalb uneingeschränkt der Vererbung unterliegenden Ansprüche standen – wie der übrige Nachlaß – unter Testamentsvollstreckung (vgl. BGHZ 91, 132, 136). Die Summe der Ansprüche aller Gesellschafter auf ihre Auseinandersetzungsguthaben entspricht dem Verkehrswert des Gesellschaftsvermögens, also einschließlich des Firmenwerts. **Die in den Nachlaß geflossene Abfindung der Witwe wurde nicht auf der Grundlage dieses Verkehrswerts, sondern eines geringeren Werts ermittelt**. In Höhe des Unterschiedsbetrages ist der der Verwaltung des Klägers unterliegende Nachlaß geschädigt. Daß der Gesellschaftsvertrag der einen Gesellschaft Testamentsvollstreckung am Kommanditanteil zuläßt, verstärkt die Stellung des Testamentsvollstreckers insofern, als er auch die Mitgliedschaftsrechte des Kommanditisten ausüben darf (vgl. BGHZ 108, 187, 191 ff HGB). Daß dem Nachlaß durch den Wegfall dieser Verwaltung ein zusätzlicher Schaden entstanden wäre, läßt sich dem Vortrag des Klägers nicht entnehmen.

Der Berechtigung des Testamentsvollstreckers steht endlich nicht der Umstand entgegen, daß der Beklagte vertragsgemäß Sorgfalt gegenüber den Erben persönlich schuldet. Denn das Ergebnis seiner Bemühungen sollte nach der Absprache mit dem Erblasser gerade den



Nachlaß mehrten, welcher – im Interesse der Erben – der Testamentsvollstreckung unterlag.

c) Zu dieser Hauptbegründung der Klage enthält das Berufungsurteil keine Gründe. Seine Ausführungen beschränken sich darauf, die nur hilfsweise geltend gemachten Ansprüche der beiden Erben jeweils einzeln und persönlich auszuschließen. Enthält ein Urteil nur Ausführungen zur Hilfsbegründung der Klage, nicht aber zu ihrer selbständigen Hauptbegründung, so fehlen insoweit Urteilsgründe, sofern die Hauptbegründung möglicherweise zum Erfolg führen kann. Davon ist hier, wie ausgeführt, auszugehen. Die angefochtene Entscheidung beruht deshalb auf einer Gesetzesverletzung (§ 551 Nr. 7 ZPO).

### III.

Das angefochtene Urteil erweist sich nicht aus anderen Gründen als richtig (§ 563 ZPO). Die Klage ist schlüssig.

1. Unstreitig hat der Beklagte mit dem Erblasser einen **Anwaltsdienstvertrag** (§§ 675, 611 BGB) geschlossen. Nach der Behauptung des Klägers hatte dieser Vertrag zum Inhalt, daß der Beklagte den Erblasser bei Abfassung seines Testaments zu allen auftretenden Fragen umfassend beraten sollte. Über die hier fraglichen Gesellschaftsbeteiligungen hat der Erblasser den Beklagten unstreitig unterrichtet; der Beklagte will sogar die Verträge eingesehen haben. Dann war er grundsätzlich auch verpflichtet, den Erblasser auf die Nachfolgeklauseln in den Verträgen hinzuweisen.

Sofern der Erblasser daraufhin nicht eine Berücksichtigung dieser Klauseln im Testament endgültig ablehnte – und nach der Klägerbehauptung hat der Erblasser dies nicht getan –, mußte der Beklagte dem Erblasser eine Regelung vorschlagen, welche die Einziehung der hälftigen Kommanditanteile von vornherein ausschloß. Denn der Rechtsanwalt ist verpflichtet, seinen Mandanten im Rahmen des ihm erteilten Auftrages **umfassend zu beraten; kommen mehrere Maßnahmen in Betracht, hat er diejenige zu treffen, welche die sicherste und gefahrloseste ist, und von mehreren möglichen Wegen denjenigen zu wählen, auf dem der erstrebte Erfolg am sichersten zu**

**erreichen ist** (BGH, Urt. v. 22.3.1990 – IX ZR 128/89 – WM 1990, 1161, 1162 m.w.N.). Am sichersten wäre es hier gewesen, **den Sohn des Erblassers** insgesamt **als Alleinerben** einzusetzen. In diesem Fall wären die Kommanditanteile in vollem Umfang auf ihn übergegangen, ohne daß die anderen Gesellschafter dies hätten verhindern können. Der Ehefrau hätte ein Vermächtnis im Werte des hälftigen Nachlasses ausgesetzt und insoweit ebenfalls Testamentsvollstreckung angeordnet werden können (vgl. BGHZ 13, 203, 205; 188, 187, 193 f); auch eine Verwirkungsklausel für den Fall der Ausübung des Pflichtteilsrechts wäre möglich gewesen. Hätte sich der Erblasser zu dieser Lösung nicht entschließen können, so hätte ihm der Beklagte **mindestens ein Vorausvermächtnis oder eine Teilungsanordnung bezüglich der Kommanditanteile** zugunsten des Sohnes allein vorschlagen müssen. Damit wäre der Hinweis zu verbinden gewesen, daß dieser Weg weniger sicher war. Denn dann hätten der Sohn und die Witwe des Erblassers zunächst die Gesellschaftsanteile je zur Hälfte geerbt; die Anteile der Witwe hätten erst noch auf den Sohn übertragen werden müssen.

2. Nach der Behauptung des Klägers hätte der Erblasser aufgrund einer entsprechenden Beratung die Kommanditanteile seinem Sohn allein zugewandt. In welcher Form dies geschehen wäre, ist zwar offengeblieben. In Ermangelung gegenteiliger Feststellungen des Berufungsgerichts ist jedoch für das vorliegende Revisionsverfahren davon auszugehen, daß ein Weg gewählt worden wäre, der den teilweisen Verlust der Gesellschaftsanteile vermeiden hätte. Unabhängig von der weiteren Frage, ob und inwieweit der Erblasser einen Ausgleich zugunsten der Ehefrau angeordnet hätte, wäre der Wert der Anteile jedenfalls nicht den Erben in ihrer Gesamtheit teilweise verloren gegangen.

Durch die pflichtwidrig-schuldhaft Unterlassung des Beklagten ist der Erbengemeinschaft nach K.E. ein Schaden mindestens in der hier eingeklagten Höhe entstanden. Nach der Berechnung des Klägers wären Anteile im Wert von 14 Mio. DM zwischen den Erben aufzuteilen gewesen, wenn die Kommanditanteile voll im

Nachlaß verblieben wären. Statt dessen ist nur der hälftige Kommanditanteil – im Wert von 7 Mio. DM – ungeschmälert erhalten; hinzu kommt die Abfindung in Höhe von 2.284.800 DM zuzüglich der Beteiligung des Sohnes an den eingezogenen Gesellschaftsanteilen. Für die Erben insgesamt errechnet sich darauf ein Verlust, weil der innere Wert der Kommanditanteile jedenfalls in erheblichem Maße an Dritte statt an die Erben gefallen ist.

#### IV.

Der Senat ist nicht zu einer eigenen abschließenden Sachentscheidung (§ 565 Abs. 3 Nr. 1 ZPO) in der Lage, weil der Beklagte wesentliches Klagevorbringen in erheblicher Weise bestreitet.

1. Nach seiner Behauptung ist er vom Erblasser nur zu dem Zweck beauftragt worden, dafür zu sorgen, daß die Ehefrau so wenig wie möglich erhielt und dennoch nicht den Pflichtteil verlangte. Zum anderen wollte der Erblasser durch die Einschaltung des Beklagten erreichen, daß der Bestand des Vermögens für den geistig behinderten Sohn des Erblassers durch Testamentsvollstreckung gesichert wurde. Damit war dem Beklagten jedenfalls auch aufgetragen, für den wertmäßigen Bestand des Nachlasses – wenigstens zugunsten des Sohnes als eines Erben – zu sorgen; dies oblag ihm als Schutzpflicht erkennbar zugunsten des oder der letztlich eingesetzten Erben. Dazu gehört in jedem Falle der Hinweis auf die drohende Entziehung der Kommanditanteile.

Der Beklagte selbst hat dies auch nicht anders gesehen. Denn nach seiner Behauptung hat er den Erblasser mehrfach gerade auf die drohende Gefahr hingewiesen. Darauf soll der Erblasser erwidert haben, das müsse den Beklagten nicht interessieren; er, der Erblasser, wolle jetzt nicht länger mit seinem Testament warten, seine Erben würden Geld genug erhalten. Wenn aus dem vorgesehenen Testament seinen Mitgesellschaftern Vorteile entstünden, sei dies auch recht, schließlich seien dies seine – des Erblassers – langjährigen Weggefährten. Mit diesem auch in zeitlicher Hinsicht eingeordneten Vorbringen hat der Beklagte substantiiert bestritten, seine Beratungspflicht schlecht erfüllt

zu haben. Die **Beweislast für die Schlechterfüllung des Anwaltsvertrages trägt der Mandant** (BGH, *Urt. v. 5. 2. 1987 – IX ZR 65/86 – NJW 1987, 1322, 1323 = GI 87, 66*), hier also der Kläger, der die Interessen der vertraglich begünstigten Personen wahrnimmt. Mit den erhobenen und angebotenen Beweisen wird sich das Berufungsgericht befassen müssen.

3. Soweit die Revisionserwiderung in Zweifel zieht, ob die Mitgesellschafter der beiden Kommanditgesellschaften die Witwe des Erblassers ausschließen durften, ist diese Ansicht nicht geeignet, den Kausalzusammenhang zwischen einer vom Beklagten zu vertretenden falschen Beratung und dem eingetretenen Schaden zu unterbrechen. Denn wenn der Kläger sich nach Einholung von Rechtsrat mit dem von den Gesellschaftern erklärten Ausschluß letztlich abgefunden hat, weil er die Maßnahme nicht für rechtswidrig hielt, so wäre auch das eine weitere Folge vorangegangener fehlerhafter Beratung durch den Beklagten. Die Ansicht des Beklagten könnte allenfalls im Rahmen eines Mitverschuldens des Klägers (§ 254 Abs. 2 BGB) zu prüfen sein. Das gilt insbesondere für die Frage, ob die Witwe die ihr zugefallenen Gesellschaftsanteile wirksam auf den Sohn hätte übertragen können, ehe die Mitgesellschafter sie aus den Gesellschaften ausschlossen.....

### GI Leitsatz

#### Dritthaftung / Wertgutachten / Arglist des Auftraggebers

Erstattet eine Person, die über eine besondere, vom Staat anerkannte Sachkunde verfügt (z. B. öffentlich bestellter Sachverständiger, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater), ein Gutachten, das auch für potentielle Dritte bestimmt ist, so kann der Dritte auch dann vom Sachverständigen Schadenersatz wegen unrichtiger Begutachtung verlangen, wenn die Unrichtigkeit des Gutachtens vom Auftraggeber arglistig herbeigeführt worden ist.

(BGH, *Urt. v. 10. 11. 1994 – III ZR 50/94 – NJW 1995, 392*).

## Fehlerhafte Steuerauskunft

- Schaden
- Beweislast

(OLG Hamm, Urt. v. 3. 5. 1995 - 25 U 129/94)

### Leitsätze (d. Red.):

**1. Wird mit einer Beratung keine Garantie für eine bestimmte Grunderwerbsteuerhöhe übernommen, kann der Anspruchsteller nur verlangen, so gestellt zu werden, wie er bei richtiger Auskunft gestanden hätte.**

**2. Halten die Erwerber von Eigentumswohnungen an dem Kauf fest, so kann ein Schaden entstehen, wenn die zu zahlende Steuer den Wert des Objektes überstiegen hätte. Dies kann bei 2% der Bau- und Baunebenkosten nicht unterstellt werden.**

**3. War die Grunderwerbsteuer auch bei richtiger Beratung unvermeidbar, ist kein Schaden entstanden.**

### Zum Sachverhalt:

Die Kläger sind die Gesellschafter der A. N. GbR. Sie nehmen die Beklagte, eine Steuerberatungsgesellschaft auf Schadensersatz wegen falscher Angaben zum Anfall von Grunderwerbsteuern in Anspruch.

Die A. N. GbR ist Teilder Unternehmensgruppe A., der u. a. auch die A. Immobilienfond GmbH & Co. KG (im folgenden A. GmbH & Co. KG) sowie die A. Treuhandfinanzberatungs KG angehören. Maßgeblicher Betreiber der Unternehmensgruppe ist der Kläger zu 13), Herr E.

Im Jahre 1980 erwarb die A. GmbH & Co. KG, vertreten durch den Kläger zu 13), der auch gleichzeitig der alleinige Anteilseigner der Komplementär GmbH und einzige Kommanditist der Gesellschaft war, den im Grundbuch des Amtsgerichts B. eingetragenen Grundbesitz. Das Grundstück sollte mit einem Büro- und Geschäftshaus bebaut werden. Im Jahre 1991 stellte die A. GmbH & Co. KG für das in Rede

stehende Grundstück den Bauantrag, nach Maßgabe der von ihr veranlaßten und später tatsächlich verwirklichten Planung. Im Jahre 1983 wurde der A. GmbH & Co. KG die Baugenehmigung erteilt.

Im Jahre 1984 begann die A. Treuhandfinanzberatungs KG mit der Vermarktung von Gesellschaftsbeteiligungen an der A. N. GbR. Hierzu gab sie einen Prospekt über das Objekt heraus. Abgedruckt war darin ein an den Kläger zu 13) adressiertes Schreiben der Beklagten vom 10. 3. 1984, das wie folgt begann:

„Sehr geehrter Herr E., aufgrund ihres Auftrags, die vorgelegten Verträge aus steuerlicher Sicht zu beurteilen, sowie die Gesamtkonzeption zu überprüfen, geben wir Ihnen unsere folgende Stellungnahme ab.“

Sodann schlossen sich Ausführungen zur Bauherreigenschaft an. Sie lauteten auszugsweise:

„Der BFH hat in dem angeführten Urteil allgemeine Grundsätze entwickelt, wann jemand als Bauherr anzusehen ist und wie bei einem Bauherrn entstehende Aufwendungen steuerlich zu beurteilen sind. Die dortigen Ausführungen sind deshalb von besonderer grundsätzlicher Bedeutung, weil der BFH sich in diesem Urteil erstmals mit sogenannten Steuermodellen befaßt hat. ....“

Bauherr ist, wer auf eigene Rechnung und Gefahr ein Gebäude baut oder bauen läßt und das Baugeschehen beherrscht, d. h. rechtlich und tatsächlich die Planung und Ausführung des Bauvorhabens „in der Hand“ hat. Die Erfüllung dieser Voraussetzung ist aber – so führt der BFH aus – dann zweifelhaft, wenn der Beitritt zur Gemeinschaft (Gesellschaft) erst erfolgt, wenn das Bauvorhaben bereits geplant, behördlich genehmigt und mit dem Bau bereits begonnen wurde und der Beigetretene deshalb auf das Baugeschehen keinen Einfluß mehr nehmen konnte. ....“

Zum Anfall von Grunderwerbsteuern enthält das Schreiben folgende Angaben:

Soweit Grunderwerbsteuer für den Erwerb des Grundstücks anfällt, ist sie in den Gesamtkosten einkalkuliert. Eine Grunderwerb-



steuerpflicht wie beim normalen Bauherrenmodell in Höhe von 2 % der Gesamtkosten entfällt, weil der Immobilienfonds nicht von den gleichen negativen Voraussetzungen ausgeht.“

Am Schluß des Schreibens heißt es dann noch:

„Aus standesrechtlichen Erwägungen bitten wir darum, diese Stellungnahme nicht für Werbezwecke zu nutzen. Wir empfehlen, den Inhalt ohne Nennung unserer Firma an den Vertrieb weiterzuleiten. ....“

Am 30.6.1984 gestattete der Kläger zu 13) in seiner Eigenschaft als gesetzlicher Vertreter der A. GmbH & Co. KG der A.N. GbR, mit der Bebauung des Grundbesitzes schon vor dem Erwerb durch die GbR zu beginnen, und zwar nach Maßgabe der der A. GmbH & Co. KG am 12.4.1983 aufgrund eines Bauantrags von 1981 erteilten Baugenehmigung. Mit den Bauarbeiten wurde sodann im August 1984 begonnen.

Am 29.11.1985 kaufte die A.N. GbR das in Rede stehende Grundstück von der A. GmbH & Co. KG zu einem Kaufpreis von 1.732.400 DM unter Übernahme von Grundschulden in Höhe von 16.682.310 DM, die der Absicherung der bis dahin aufgewandten Baukosten dienten. Anfang 1986 wurde die Auflassung zugunsten der A.N. GbR erklärt und diese als Eigentümerin ins Grundbuch eingetragen.

Mit Grunderwerbsteuerbescheid vom 11.7.1987 setzte das Finanzamt B. die Grunderwerbsteuer für die A.N. GbR ausgehend von einer Bemessungsgrundlage von 16.867.642 DM auf 337.352 DM fest. Bei der Bemessungsgrundlage hat das Finanzamt nicht nur den auf das unbebaute Grundstück entfallenden Kaufpreis, sondern auch die weiteren mit der Errichtung des Hauses verbundenen Bau- und Baunebenkosten berücksichtigt.

Gegen den Steuerbescheid erhoben die Kläger beim Finanzgericht Münster Klage (AZ IV-VIII 7427/87 GrE), die durch Urteil vom 3.12.1990 abgewiesen wurde. Zur Begründung hat das Finanzgericht ausgeführt, daß die Bau- und Baunebenkosten zu Recht als Bemessungsgrundlage für die Grunderwerbsteuer mit einbezogen worden seien. Die Bemessungsgrundlage richte

sich nämlich nach dem Wert der Gegenleistung (§ 8 Abs. 1 GrunderwerbsteuerG), die sich beim Kauf neben dem Kaufpreis auch aus übernommenen sonstigen Leistungen zur Gegenleistung für den Grunderwerb zusammensetze (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 GrunderwerbsteuerG), so daß es beim Erwerb eines Grundstücks darauf ankomme, in welchem Zustand – bebaut oder unbebaut – dieses zum Gegenstand des Erwerbes gemacht würde. Beim Erwerb vorgeplanter, im wesentlichen ausführungsfähiger Bauobjekte komme dabei der objektiven Betrachtungsweise ausschlaggebende Bedeutung zu. Nur wenn die Aktivität zur Bebauung eines Grundstücks von der Erwerberseite ausgegangen sei, beschränke sich der Grunderwerbsteuerlich maßgebliche Vertragsgegenstand auf den Erwerb des unbebauten Grundstücks.

Bei dieser Betrachtungsweise aber habe die Klägerin ein bebautes Grundstück erworben. Die wesentlichen, zur Durchführung des Bauvorhabens erforderlichen Maßnahmen und vertraglichen Absprachen seien schon vor Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages am 20.2.1984 getroffen worden. So sei der Bauantrag bereits 1981 gestellt und die Baugenehmigung bereits 1983 erteilt worden. Der von der A. GmbH & Co. KG erstellte Prospekt zur Vermarktung der GbR habe zudem bereits das gesamte Bauvorhaben in einzelnen dargestellt.

Angesichts dessen sei davon auszugehen, daß die zur Durchführung des Bebauungskonzeptes erforderlichen Aktivitäten im wesentlichen von der A. Unternehmensgruppe vorgegeben und die A.N. GbR daran praktisch gebunden gewesen sei. Dies zeige sich auch an dem frühen, vor Beitritt der späteren Gesellschafter erfolgten Baubeginn. Er habe den Interessen der A. GmbH & Co. KG gedient. Sie habe so nämlich sicherstellen können, daß die Kläger das vorgesehene Baukonzept, das schon Gegenstand des der Vermarktung dienenden Prospektes gewesen sei, tatsächlich durchführten. Die Kläger hätten somit keine Möglichkeit mehr gehabt, den von der A. GmbH & Co. KG erworbenen Grundbesitz auf eigene Rechnung zu verwerten.

Das Urteil des Finanzgerichts ist durch Zurückweisung der Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision durch den BFH im Jahre 1992 rechtskräftig geworden.

### **Aus den Gründen:**

Die Berufung der Kläger ist zulässig, hat aber in der Sache keinen Erfolg.

Die Beklagte ist nicht verpflichtet, den Klägern die auf die Bau- und Baunebenkosten angefallene Grunderwerbsteuer nebst Stundungszinsen und Säumniszuschlägen zu erstatten, weil den Klägern insoweit kein von der Beklagten adäquat verursachter Schaden entstanden ist. Die Klage muß deshalb abgewiesen bleiben.

Dabei sind die Kläger noch wirksam im vorliegenden Verfahren von dem Kläger zu 1) gemäß §§ 710, 714 BGB als Gesellschaft bürgerlichen Rechts vertreten worden. Die Abberufung des früheren Geschäftsführers, Herrn E., und die Bestellung des Klägers zu 1) zum Geschäftsführer in der Gesellschafterversammlung vom 29.6.1993 ist nämlich für das vorliegende Verfahren wirksam. Entgegen § 14 Ziffer 2) des Gesellschaftsvertrages konnte Herrn E. die Geschäftsführungsbefugnis auch ohne seine Zustimmung aus wichtigem Grunde mit der für eine Satzungsänderung notwendigen Stimmenmehrheit entzogen werden. Denn dieses sich aus § 712 BGB ergebende Recht der Gesellschafter kann nach Treu und Glauben nicht durch ein Vetorecht des Geschäftsführers unterlaufen werden (BGHZ 102, 177). Den eine sofortige Entziehung der Geschäftsführungsbefugnis rechtfertigenden wichtigen Grund hat die Mehrheit der Gesellschafter in der möglichen Interessenskollision des Klägers zu 13) bei der Verfolgung von Schadensersatzansprüchen gegen die Beklagte gesehen. Diese Entscheidung der Gesellschafter ist von dem Kläger zu 13) selbst nicht gerichtlich angegriffen und damit hingenommen worden. Die allein von den Gesellschaftern zu treffende Regelung der Geschäftsführung muß dann aber auch von der Beklagten als Außenstehende hingenommen werden, so daß die Frage, inwieweit tatsächlich ein wichtiger Grund für die Entziehung der Geschäftsführungsbefugnis vorgelegen hat, im

vorliegenden Verfahren nicht zu überprüfen ist.

Das Klagebegehren scheitert ebenfalls nicht an einer schuldhaften Verletzung einer auch im Verhältnis zu den Klägern übernommenen Beratungspflicht der Beklagten.

Wie sich aus dem im Vermarktungsprospekt abgedruckten Schreiben vom 10.3.1994 ergibt, war die Beklagte von dem Kläger zu 13) beauftragt worden, die Konzeption und die Verträge für den beabsichtigten Vertrieb des bereits geplanten und genehmigten Bauobjektes über die Anteile an der A.N. GbR aus steuerlicher Sicht zu überprüfen. Damit kamen der Ausführung dieses Auftrags nicht nur Auswirkungen im Hinblick auf den Auftraggeber, den Kläger zu 13), sondern auch **bezüglich der zukünftigen Erwerber der Gesellschaftsanteile** zu, so daß sie in die **Schutzwirkungen aus diesem Vertrag mit einzubeziehen sind**. Die hierfür von der Rechtsprechung (vgl. Palandt, BGB 54. Aufl. § 328 Rn. 13 ff) erarbeiteten Voraussetzungen, nämlich **Leistungsnähe, Fürsorgepflicht des Gläubigers gegenüber dem Dritten, Erkennbarkeit für den Schuldner und Schutzbedürftigkeit des Dritten**, sind erfüllt. Die Kläger sind als zukünftige Erwerber der mit dem Ergebnis von der Beklagten vorzunehmenden Überprüfung ebenso in Berührung gekommen wie der Auftraggeber, der Kläger zu 13), selbst. Als maßgeblicher Betreiber der gesamten A. Unternehmensgruppe, die in vielfältiger Weise an der Vermarktung des Objekts beteiligt war, oblag dem Kläger zu 13) als Auftraggeber auch eine Schutz- und Fürsorgepflicht für die zukünftigen Erwerber. Beides, nämlich Drittbezogenheit der eigenen Leistung und Schutzpflicht des Auftraggebers war für die Beklagte erkennbar, wobei es unerheblich ist, ob sie die genaue Anzahl der künftigen Erwerber kannte. Sie wußte jedenfalls, wie sich aus dem letzten Absatz ihres Schreibens ergibt, daß ihre Angaben dem Vertrieb der Anteile dienen sollten und war hiermit, wenn auch ohne Nennung ihres Namens, einverstanden. Da den Klägern kein eigener vertraglicher Anspruch gegen die Beklagte zusteht – der Steuerberatervertrag der Beklagten mit der A.N. GbR vom 12.3.1984 wurde nach den unstreitigen Feststellungen im Tatbestand des landge-

richtlichen Urteils wieder aufgehoben und der weitere Vertrag vom 23.3.1984 sollte erst zum 1.1.1986 beginnen –, besteht auch ein Bedürfnis, die Kläger in die Schutzwirkungen des dem Schreiben vom 10.3.1984 zugrundeliegenden Auftrags mit einzubeziehen.

Die Beklagte hat auch mit ihren Angaben zum **Anfall von Grunderwerbsteuer** ihre Verpflichtung zur ordnungsgemäßen Beratung verletzt. Die dortigen Ausführungen, daß nur Grunderwerbsteuer bzgl. des reinen Grundstückswertes in Betracht kämen, waren unzutreffend, wie sich aus den Gründen des finanzgerichtlichen Urteils, auf das insoweit Bezug genommen wird, ergibt. Bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt hätte die Beklagte dies auch erkennen können, denn sie hat in dem Schreiben selbst darauf hingewiesen, daß nach der damals neuen **Rechtsprechung des BFH** die Bauherreneigenschaft des Erwerbers zweifelhaft sei, falls der Beitritt der Gesellschaft erst erfolge, wenn das Bauvorhaben bereits geplant oder behördlich genehmigt sei und der Beitretende deshalb auf das Baugeschehen keinen Einfluß mehr nehmen könne. Genau dies aber war hier gegeben, so daß die Beklagte bei der Beurteilung, inwieweit Grunderwerbsteuer anfallt, nicht davon ausgehen durfte, es werde von der GbR lediglich ein Grundstück erworben, auf dem diese dann als Bauherrin in eigener Regie unter Beherrschung des gesamten Baugeschehens einschließlich der Planung und der Ausführung ein Bauwerk errichte.

Jedoch ist kein auf diese schuldhafte Verletzung der Beratungspflicht zurückzuführender **Schaden** der Kläger in ihrer gesamthänderischen Verbundenheit als GbR feststellbar. Dabei kann entgegen der Ansicht der Kläger – die über den bzgl. des bloßen Grundstückswerts hinausgehende Grunderwerbsteuer nicht schlechthin als Schaden angesehen werden. Die Beklagte hat nämlich mit ihrer Beratung **keine Garantie** für eine bestimmte Steuerhöhe übernommen. Damit aber haftet die Beklagte wegen der falschen Auskunft nur auf Ersatz des negativen Interesses. **Die Kläger können deshalb lediglich verlangen, so gestellt zu werden, wie sie bei richtigen Angaben im Schreiben der Be-**

**klagten vom 10. 3. 1984 gestanden hätten.** Dabei ist zu berücksichtigen, daß **die Kläger nach ihrem prozessualen Verhalten an dem Erwerb der Anteile festhalten und nicht geltend machen, sich bei richtiger Beratung nicht an der Gesellschaft beteiligt zu haben**, wobei insoweit ohnehin nur ein Schadensersatzanspruch der einzelnen Kläger, nicht aber der Kläger als GbR und damit als Gesamthand, wie er im vorliegenden Verfahren geltend gemacht wird, in Betracht käme. Demnach kommt ein auf die falsche Beratung der Beklagten zurückzuführender Schaden der Kläger nur in Betracht, wenn der von der Gesamthand für die Verwirklichung des Objektes getätigte Aufwand einschließlich der **zu zahlenden Steuer den Wert des Objektes überstiegen hätte** oder wenn bei ordnungsgemäßer Beratung die angefallene Grunderwerbsteuer bzgl. der Bau- und Baunebenkosten vermeidbar gewesen wäre.

Für ersteres sind keine Anhaltspunkte ersichtlich, zumal es nur um 2% der Bau- und Baunebenkosten geht, die aber wiederum nur einen, wenn auch wesentlichen Teil der Gesamtkosten des Objektes darstellen. Daß die von der A.N. GbR zu erbringenden Gesamtaufwendungen für das Objekt dessen Wert überstiegen hätten, tragen die Kläger selbst auch nicht vor. Das gleiche gilt für die Erwerbskosten der einzelnen Anteile, wobei insoweit wiederum ohnehin nur ein Anspruch der einzelnen Kläger und nicht der Kläger als Gesamthand in Betracht käme.

Von einer Vermeidbarkeit der Grunderwerbsteuer auf die Bau- und Baunebenkosten bei ordnungsgemäßer Beratung durch die Beklagte im Schreiben vom 10.3.1984 kann ebenfalls nicht ausgegangen werden. Dabei ist von der Rechtsprechung (BGH NJW 1990, 2461; NJW 1984, 1688; NJW 1984, 658 und NJW 1980, 2186) der Grundsatz entwickelt worden, daß derjenige, der eine vertragliche Aufklärungs- oder Beratungspflicht verletzt, das **Risiko der Unaufklärbarkeit des Ursachenzusammenhangs** zu tragen hat, wie der andere gehandelt hätte, wenn er pflichtgemäß beraten worden wäre.

**Diese Umkehr der Beweislast gilt allerdings nur dann, wenn bei sachgerechter Aufklärung aus der Sicht eines vernünftig werten-**

den Mandanten lediglich eine eindeutig bestimmte Verhaltensweise nahegelegen hätte, da es sich bei dieser Beiweislastumkehr um einen Anwendungsfall des Anscheinsbeweises handelt (BGH NJW 1993, 2744; NJW 1992, 3237).

Besteht dagegen nicht nur eine einzige verständige Handlungsmöglichkeit, sondern kommen ernsthaft verschiedene Alternativen mit unterschiedlichen rechtlichen Auswirkungen in Betracht, so entfällt eine Beweiserleichterung für den Anspruchsteller mit der Folge, daß er den Ursachenzusammenhang zwischen der Vertragsverletzung und dem geltend gemachten Schaden als anspruchsbegründende Voraussetzung darzutun und nachzuweisen hat (BGH NJW 1993, 3259).

Im vorliegenden Fall läßt sich nicht eindeutig nur eine sinnvolle Verhaltensweise der Kläger für den Fall einer richtigen Auskunft im Schreiben vom 10.3.1984 bestimmen. In Betracht gekommen wäre einmal der Verzicht zum Beitritt zu der GbR. Ein hierauf gerichteter Schaden aber ist, wie bereits dargelegt, nicht Gegenstand des vorliegenden Verfahrens, da die Kläger an ihren Anteilen festhalten.

Ferner wird als Möglichkeit angeführt, daß der Preis für die Anteile der A.N. GbR oder der Preis für das von der GbR erworbene Grundstück entsprechend der Steuermehrbelastung im Verhandlungswege reduziert worden wäre. Obsich aber die jeweiligen Vertragspartner aus der A. Unternehmensgruppe hierauf eingelassen hätten, erscheint zweifelhaft. Es bestehen nämlich keine Anhaltspunkte dafür, daß das Objekt lediglich bei einer Erhöhung des Gesamtaufwandes um 2% auf die Bau- und Baunebenkosten nicht in gleicher Weise von der A. Gruppe hätte vermarktet werden können, zumal für eine fehlende Werthaltigkeit des Objektes, wie bereits dargelegt, nichts vorgetragen ist. Eine rechtliche Verpflichtung der Vertragspartner aus der A. Unternehmensgruppe zur Reduzierung der Preise für die Gesellschaftsanteile oder das Grundstück hätte im Falle einer richtigen Auskunft der Beklagten nicht bestanden, da dann nämlich keine falschen Prospektangaben vorgelegen hätten.

Im übrigen könnte der auf eine Reduzierung des Preises für die Gesellschaftsanteile gestützte Schaden ohnehin nur von den Klägern als Einzelpersonen und nicht in ihrer Gesamtheit als Gesellschaft bürgerlichen Rechts geltend gemacht werden.

Schließlich berufen sich die Kläger noch darauf, daß sie bei richtiger Beratung das Objekt rechtzeitig umgeplant hätten, so daß ihnen noch die Eigenschaft als Bauherren zugekommen wäre und damit die Grunderwerbsteuer nur nach dem reinen Grundstückswert bemessen worden wäre. Hierbei allerdings handelt es sich um eine **rein theoretische Alternative, die ein vernünftig handelnder Anleger, auf den bei der Beurteilung abzustellen ist, in der Situation der Kläger nicht gewählt hätte**. Um die vom BFH aufgestellten Kriterien als Bauherr zu erfüllen, hätte es nämlich einer Neuplanung des Objektes durch die A.N. GbR bedurft. Die damit verbundenen Kosten wären, wenn man die Sätze der HOAI für ein solches Objekt zugrundelegt, weit höher gewesen als die einzusparenden 2% Grunderwerbsteuer. Hinzu käme die erhebliche Zeitverzögerung für die Verwirklichung des Objektes durch ein neues Planungs- und Genehmigungsverfahren mit zusätzlichen Zwischenfinanzierungskosten. Für die Kläger bestand daher, wenn sie an dem Erwerb der Gesellschaftsanteile festhalten wollten, aus der Sicht eines vernünftigen Anlegers selbst bei richtiger steuerlicher Beratung durch die Beklagte im Schreiben vom 10.3.1984 nur die Möglichkeit, das Objekt wie vorgesehen mit der bereits bestehenden Planung und Genehmigung, wie dann auch tatsächlich geschehen, zu verwirklichen. Damit aber wäre auch bei richtiger Beratung durch die Beklagte die volle Grunderwerbsteuer auf die Bau- und Baunebenkosten angefallen. Solche bei vernünftiger Verhaltensweise nicht vermeidbaren und damit in jedem Fall gesetzlich geschuldeten Steuern jedoch stellen keinen Schaden dar (BGH NJW 1986, 1486; Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters 4. Aufl. Rn. 524). Somit fehlt es an einer eindeutig bestimmbar alternativen Verhaltensweise der Kläger für den Fall der richtigen Beratung, nach der die geltend gemachte Grunderwerbsteuer nicht angefallen



wäre, so daß ihnen insoweit auch keine Beweis-erleichterung nach den Grundsätzen des Anscheinsbeweises für den Ursachenzusammenhang zwischen Vertragsverletzung und Schaden zugute kommen kann.

Soweit die Kläger in diesem Zusammenhang in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat noch darauf verwiesen haben, daß sich die Grunderwerbsteuer hätte vermeiden lassen, wenn das Grundstück nicht von der A. GmbH & Co. KG auf die A.N. GbR übertragen worden wäre, sondern bei der A. GmbH & Co. KG verblieben wäre und diese in eine GbR umgewandelt worden wäre, handelt es sich um eine Gestaltungskonstellation für den Immobilienfonds, über die die A. Unternehmensgruppe zu entscheiden hatte, die aber nicht zu möglichen Handlungsalternativen der Kläger als Gesellschafter der A.N. GbR gehörte und auf die sie sich deshalb nicht berufen können.

Auch unter dem von den Klägern mit der Berufungsbegründung angeführten Gesichtspunkt der **Prospekthaftung** ergibt sich keine andere Beurteilung. Zwar trifft neben den Herausgebern eines Prospektes auch diejenigen eine Haftung, die aufgrund ihrer besonderen beruflichen und wirtschaftlichen Stellung oder aufgrund ihrer Fachkunde eine Garantenstellung einnehmen, sofern sie durch ihr nach außen in Erscheinung tretendes Mitwirken am Prospekt einen Vertrauenstatbestand geschaffen haben (BGH NJW 1995, 1024). Selbst wenn diese Voraussetzung hier in Bezug auf die Beklagte noch bejaht würde, trotz des letzten Absatzes ihres Schreibens vom 12.3.1984, in dem sie lediglich die Nennung ihres Namens, nicht aber die Verwendung der erteilten Auskunft als solche zu Werbezwecken untersagen wollte, so **kann die sich hieraus ergebende Haftung aber nicht weiter gehen als die aus dem zugrundeliegenden Beratungsauftrag selbst**. Einen darüber hinausgehenden Vertrauenstatbestand hat die Beklagte mit ihrem Schreiben, auch wenn es in dem Emmissionsprospekt der A. Unternehmensgruppe abgedruckt ist, nicht geschaffen. Insbesondere läßt sich auch hieraus keine selbständige Garantie für eine bestimmte Grunderwerbsteuerhöhe herleiten.

## Steuerberaterhaftung

- Fristversäumnis
  - Nicht ordnungsgemäßer WE-Antrag
  - Steuerberatergebühr im Regreßprozeß
  - Leistungsverzug
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 13.10.1994 - 13 U 217/93)

### Leitsatz:

**Eine schuldhafte Pflichtverletzung des Steuerberaters liegt bei der Versäumung einer Einspruchsfrist nicht vor, wenn sein Nachfolger, der das Mandat übernommen hat, es unterläßt, ein erfolgversprechendes und den Anforderungen des § 110 AO genügendes Wiedereinsetzungsgesuch zu stellen.**

### Leitsätze (d. Red.):

- 1. Der Steuerberater gerät mit der Bearbeitung der Steuererklärung in Verzug, wenn der Mandant diese angemahnt oder eine Frist zur Abgabe vereinbart hatte.**
- 2. Wird ein Steuerberater während oder vor dem Regreßprozeß zur Darlegung des Schadens tätig, so können dessen Gebühren nur als notwendige Prozeßkosten im Sinne § 91 Abs. 1 Satz 1 ZPO im Kostenfestsetzungsverfahren angemeldet werden.**

### Aus den Gründen:

#### I. - Zur Klage

Der Beklagte ist gemäß §§ 611 Abs. 1, 675 BGB verpflichtet, an den Kläger 12.352,84 DM zu zahlen. Dem Kläger hat die laufende Wahrnehmung der steuerlichen Belange des Beklagten obliegen. Auf das für die geleisteten Dienste berechnete Honorar von insgesamt 16.352,84 DM ist lediglich ein Teilbetrag von 4.000 DM entrichtet worden. Die gegenüber dem verbliebenen Zahlungsanspruch zur Aufrechnung gestellten Schadensersatzansprüche stehen dem

Beklagten nicht zu. Der Kläger haftet nicht für die Schäden, die dem Beklagten durch die verspätete Abgabe von Steuererklärungen entstanden sind. Das Vorbringen des Beklagten ergibt nicht, daß sich der Kläger auch nur mit der Abgabe einer der angefertigten Steuererklärungen in Verzug befunden hat. Es sind auch keine Anhaltspunkte dafür ersichtlich, daß er sich nach den Grundsätzen über die positive Vertragsverletzung schadensersatzpflichtig gemacht haben könnte.

**Der Steuerberater gerät mit seiner vertraglichen Hauptpflicht zur Bearbeitung der Steuererklärungen in der Regel erst dann in Verzug, wenn er die fälligen Dienstpflichten trotz Mahnung nicht erfüllt.** Die Vorschrift des § 284 Abs. 2 Satz 1 BGB, wonach eine Mahnung zur Inverzugsetzung dann entbehrlich ist, wenn für die Leistung eine Zeit nach dem Kalender bestimmt ist, kann nicht zur Anwendung gelangen.

**Die Vorschrift des § 149 Abs. 1 AO und die Bestimmungen in den jeweiligen Steuergesetzen setzen Fristen allein für den Steuerpflichtigen. Diese können nur dann Verbindlichkeit für den Steuerberater erlangen, wenn sie Gegenstand des mit dem Mandanten geschlossenen Dienstvertrages geworden sind** (BGH NJW 1992, 307, 308 = GI 92, 59; Wolf, BGH-Rechtsprechung aktuell: Dienstvertrag, NJW 1994, 563). Da das nicht geschehen ist, der Beklagte die Fertigstellung der Steuererklärung aber auch nicht angemahnt hat, haftet der Beklagte nicht aus dem Gesichtspunkt des Verzuges.

Die verspätete Abgabe der Steuererklärungen beruht auch nicht darauf, daß der Kläger es versäumt hat, rechtzeitig auf erforderliche Mitwirkungshandlungen (Vorlage der vollständigen Unterlagen, Klärung von Unstimmigkeiten) hinzuweisen. In dieser Hinsicht sind dem Sachvertrag des Beklagten keine konkreten Vorwürfe zu entnehmen. Im Gegenteil: Der Beklagte hat vorgetragen, er habe dem Kläger die erforderlichen Unterlagen nach Anforderung immer sofort zur Verfügung gestellt. Bei dieser Sachlage kann nicht angenommen werden, daß die schuldhaftige Verletzung von Belehrungs- oder

Hinweispflichten zur verspäteten Einreichung von Steuererklärungen geführt hat.

## II. – Zur Widerklage

Das Landgericht hat die Widerklage im Ergebnis zu Recht abgewiesen. Den Beklagten stehen auch die im Berufungsrechtszug zusätzlich beanspruchten 2.576 DM nicht zu.

1. Der Kläger ist dem Beklagten selbst dann nicht zum Ersatz der Steuermehrforderung von 20.786,44 DM verpflichtet, wenn der auf Schätzungen des Finanzamtes beruhende Einkommensteuerbescheid für das Jahr 1989 Bestandskraft behalten sollte. Dem Antrag des Beklagten, den vorliegenden Rechtsstreit gemäß § 148 ZPO bis zur rechtskräftigen Entscheidung des diesen Bescheid betreffenden finanzgerichtlichen Verfahrens auszusetzen, war daher nicht stattzugeben. Die Entscheidung des Finanzgerichts hat keinen rechtlich erheblichen Einfluß auf den mit der Widerklage geltend gemachten Schadensersatzanspruch.

a) Es ist nicht erwiesen, daß der Kläger die Frist zur Einlegung des Einspruchs gegen den Einkommensteuerbescheid 1989 **schuldhaft** nicht eingehalten hat. **Die Versäumung der Einspruchsfrist hätte daher durch ein den Anforderungen des § 110 AO genügendes Wiederetzungsgesuch geheilt werden können.** Einen entsprechenden Antrag hat der Zeuge, der für den Beklagten seit Mitte des Jahres 1992 steuerberatend tätig ist, am 13.8.1992 gestellt. Er hat das Gesuch aber, wie dem Schreiben des Finanzamtes vom 21.12.1992 (Bl. 78 d. A.) zu entnehmen ist, nicht begründet. Erst diese Pflichtverletzung hätte – sofern das Finanzgericht nicht doch noch von einem Zustellungsmangel ausgehen sollte – zur Bestandskraft des Einkommensteuerbescheids 1989 geführt.

Der **Beklagte** hat das mit dem Kläger bestehende **Mandatsverhältnis am 29.6.1992 fristlos gekündigt**. Danach ist es, wie die Ausführungen im Schriftsatz des Beklagten vom 10.8.1993 ergeben, zwischen dem Kläger und dem Zeugen zu Gesprächen über die Modalitäten der Mandatsübernahme gekommen. Bei diesen Gelegenheiten hat der **Kläger mehrfach versichert, gegen den Einkommen-**

**steuerbescheid 1989 form- und fristgerecht Einspruch eingelegt zu haben.** Nach Einleitung von Vollstreckungsmaßnahmen erhielt der Zeuge aber Kenntnis davon, daß beim Finanzamt ein Einspruch nicht vorliege. Diesen Sachverhalt hätte der Zeuge, der nach § 110 Abs. 2 AO gezwungen war, das am 13.8.1992 gestellte Wiedereinsetzungsgesuch zu begründen, dem Kläger vorhalten müssen. Denn nur auf diese Weise hatte er die Tatsachen, die bei der Entscheidung über das fehlende Verschulden von Bedeutung waren, in Erfahrung bringen können. Er wäre dann vom Kläger darüber aufgeklärt worden, daß die Einspruchsschrift am 20.4.1992 in den Briefkasten des Finanzamtes geworfen worden sei. Da der Kläger bereit gewesen ist, diese Tatsache an Eides statt zu versichern, wäre gegenüber dem Finanzamt der Nachweis unverschuldeter Fristveräumung gelungen. Eine den erhobenen Schadensersatzanspruch begründende Pflichtverletzung des Klägers kann bei dieser Sachlage nicht angenommen werden.

b) Der Kläger ist auch nicht verpflichtet, die Nebenkosten zu erstatten, die gemäß der mit dem Schriftsatz des Beklagten vom 30.8.1994 überreichten Aufstellung insgesamt 14.948 DM betragen haben.

aa) Der Beklagte kann aus keinem rechtlichen Gesichtspunkt die gegen ihn festgesetzten Säumniszuschläge von 8.993 DM und die Stundungszinsen von 7.455 DM ersetzt verlangen. **Säumniszuschläge** sind gemäß § 240 AO zu entrichten, wenn die festgesetzte oder angemeldete Steuer nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet wird. Bei dieser Nebenleistung handelt es sich um ein dem Steuerrecht eigenes Druckmittel zur Durchsetzung von titulierten Zahlungsansprüchen des Steuerfiskus (*Klein/Orlopp, AO, § 240 Anm. 1 m.w.N.*). Die verspätete Abgabe von Steuererklärungen führt also nicht zur Festsetzung von Säumniszuschlägen. Der Beklagte kann aber auch nicht den Vorwurf erheben, der Kläger habe nach der Festsetzung der Steuernachforderungen **kein Zahlenwerk vorgewiesen, das potentiellen Kreditgebern hätte vorgelegt werden können**. Die Frage, ob die Kreditkosten die festge-

setzten Säumniszuschläge und Stundungszinsen nicht ohnehin überschritten hätten, bedarf keiner weiteren Aufklärung. Es kann auch dahinstehen, daß dem Beklagten durch die verspätete Steuerzahlung ein Vorteil, nämlich die weitere Inanspruchnahme des an sich dem Finanzamt zustehenden Geldbetrages, zugeflossen ist. Der Beklagte trägt jedenfalls nicht vor, daß der Kläger beauftragt worden sei, das erwähnte Zahlenwerk zu fertigen. Sofern damit die anstehenden Jahresabschlüsse gemeint sein sollten, so legt der Beklagte zwar dar, der Kläger habe diese nicht fristgerecht vorgelegt. **Die tatsächlichen Voraussetzungen des Verzuges liegen jedoch, wie bereits ausgeführt, nicht vor.** Bei dieser Sachlage kommt auch ein Anspruch auf Ersatz der Stundungszinsen nicht in Betracht.

bb) Der Kläger ist des weiteren nicht verpflichtet, die festgesetzten Verspätungszuschläge in Höhe von 2.500 DM zu erstatten. **Verspätungszuschläge** werden gemäß § 152 Abs. 1 AO gegen denjenigen festgesetzt, der seiner Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung nicht oder nicht fristgerecht nachkommt. Wie bereits dargelegt, binden die in den Einzelsteuergesetzen geregelten Erklärungsfristen, wenn sie – wie hier – nicht Gegenstand des mit dem Mandanten geschlossenen Dienstvertrages geworden sind, nicht den Steuerberater. Die tatsächlichen Voraussetzungen des Leistungsverzuges hat der Beklagte aber nicht dargelegt.

2. Schließlich kann der Beklagte nicht die Erstattung des vom Zeugen geltend gemachten Honorars von 2.576 DM verlangen. Die Leistungen, für die der **Zeuge eine Vergütung** beansprucht, sind gemäß dem Wortlaut seiner Rechnung vom 8.3.1994 „**im Rahmen des ... zivilrechtlichen Verfahrens**“ **gegen den Beklagten, also im Zusammenhang mit dem vorliegenden Rechtsstreit, erbracht worden. Wird ein Steuerberater aber während oder vor dem Regreßprozeß zur Darlegung des Schadens tätig, so können dessen Gebühren allenfalls als notwendige Prozeßkosten im Sinne des § 91 Abs. 1 Satz 1 ZPO im Kostenfestsetzungsverfahren angemeldet werden** (*Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung 2. Aufl. Rdnr. 602 m.w.N.*).

## Steuerberaterhaftung

- Verjährungsbeginn
  - Sekundärer Schadensersatzanspruch
  - Mandatsende
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 22. 6. 1995 - 13 U 150/94)

### Leitsatz:

**Der Ablauf der Verjährungsfrist für den sogenannten sekundären Schadensersatzanspruch des Mandanten gegen den Steuerberater beginnt mit dem Ende des Mandatsverhältnisses, und zwar auch dann, wenn zu diesem Zeitpunkt die Verjährungsfrist für den (primären) Regreßanspruch des Mandanten noch nicht abgelaufen ist.**

### Aus den Gründen:

1. Von den Parteien unangegriffen hat das Landgericht entschieden, daß der beklagte Steuerberater durch von ihm zu vertretende Beratungsfehler der Klägerin einen Schaden in Höhe von 35.774,76 DM zugefügt hat. Der Schaden ist darauf zurückzuführen, daß die Klägerin im Jahre 1986 von einem Auftraggeber für Werkleistungen zunächst eine Abschlagszahlung von 255.543 DM gefordert und anschließend nach Beendigung der Arbeiten denselben Betrag als Schlußrechnung in Rechnung gestellt hat. Auf diese Weise hat die Klägerin im Jahre 1986 die jeweils berechnete Mehrwertsteuer von 35.774,76 DM doppelt an das Finanzamt abgeführt. Zwischen den Parteien besteht Einigkeit, daß die Klägerin lediglich einmal die Zahlung der Umsatzsteuer schuldete. Die Überzahlung von 35.774,76 DM blieb dem Beklagten, zu dessen Aufgaben die Führung der Buchhaltung und die Erstellung der Jahresabschlüsse für die Klägerin gehörte, zunächst verborgen. Der Versuch des Beklagten, die im Jahre 1986 zuviel gezahlte Umsatzsteuer für das nachfolgende Jahr 1987 durch Verrechnung steuermindernd geltend zu machen, blieb im Anschluß an eine vom Finanzamt durchgeführte Betriebsprüfung ohne Erfolg.

2. Der Schadensersatzanspruch der Klägerin ist indessen verjährt.

a) Vertragliche Schadensersatzansprüche des Auftraggebers gegen den Steuerberater verjähren gemäß § 68 StBerG in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. **Die Verjährung des Ersatzanspruches gegen einen Steuerberater, der steuerliche Nachteile seines Mandanten verschuldet hat, beginnt regelmäßig frühestens mit Zugang des Bescheids des Finanzamts.** Dies gilt auch, wenn eine Außenprüfung vorangegangen ist (BGH WM 1994, 1848; BGH VersR 1993, 1016; BGH, Der Steuerberater 1993, 430 = GI 1993, 364; BGH = GI 1993, 313; BGH = GI 1992, 311; Senat, Urt. v. 4. 4. 1991 - 13 U 5/91). Der Umsatzsteuerbescheid für das Jahr 1986, durch den die Steuermehrbelastung von 35.775,76 DM bestätigt wurde, ging der Klägerin am 13.1.1990 zu und wurde am 13.2.1990 bestandskräftig. Die sich hieran anschließende dreijährige Verjährungsfrist war bei Eingang der Klage am 15.3.1994, die alsbald am 25.3.1994 zugestellt wurde (§ 270 Abs. 3 ZPO), abgelaufen.

Ein die **Verjährung unterbrechendes Anerkenntnis** des Beklagten liegt nicht vor. Der Versuch des Beklagten, im Jahre 1993 die Finanzverwaltung zur Rückzahlung der zuviel gezahlten Umsatzsteuer zu veranlassen, bedeutet kein die Verjährung unterbrechendes Anerkenntnis. Denn der Beklagte hat durch seine an die Finanzverwaltung gerichteten Eingaben nicht zugleich gegenüber der Klägerin erkennen lassen, daß ihm das Bestehen einer Schadensersatzverpflichtung bewußt war. Dementsprechend stellen die **Bemühungen des Steuerberaters, eine Änderung der auf der von ihm fehlerhaft gefertigten Steuererklärung beruhenden Steuerfestsetzung zu erreichen, nicht ohne weiteres ein die Verjährung des Regeßanspruchs unterbrechendes Anerkenntnis dar** (Senat, Urt. v. 13.7.1991 - 13 U 17/91 = GI 91, 327; Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung 2. Aufl. RdNr. 944).

b) Die Klägerin kann der vom Beklagten erhobenen Einrede der Verjährung auch nicht mit dem sogenannten **sekundären Schadensersatzanspruch** begegnen.



Das Landgericht ist zu Recht davon ausgegangen, daß der Beklagte Anlaß hatte, die Klägerin auf etwaige Regreßansprüche sowie auf die dafür geltende Verjährungsfrist hinzuweisen, und daß er sich durch die Unterlassung dieses Hinweises erneut schadensersatzpflichtig gemacht hat. Hierdurch entstand ein sekundärer Schadensersatzanspruch des Mandanten gegenüber dem Steuerberater, der diesen hinderte, sich auf die Verjährung des primären Schadensersatzanspruchs zu berufen (BGH NJW-RR 1991, 92). Die kurze, nicht von der Kenntnis des Schadenseintritts abhängige Verjährungsfrist des § 68 StBerG macht besondere Sorgfaltsmaßnahmen des Steuerberaters notwendig, die darauf abzielen müssen, dem Auftraggeber Regreßmöglichkeiten durch rechtzeitigen Hinweis zu erhalten (vgl. BGH NJW-RR 1990, 459 für den vergleichbaren Fall der Verjährung der Anwaltshaftung nach § 51 BRAO). Ein Verstoß gegen diese Pflicht führt dazu, daß der Steuerberater ebenso wie ein Rechtsanwalt den Mandanten so zu stellen hat, als wäre die auf der Unterlassung beruhende Verjährung des Regreßanspruchs nicht eingetreten (BGH a.a.O. m.w.N.).

**Diese Belehrungspflicht des Steuerberaters besteht grundsätzlich nur bis zur Beendigung des Mandats** (OLG Hamburg, Deutsches Steuerrecht 1990, 187 unter Hinweis auf BGH NJW 1987, 326; Gräfe a.a.O., Rdnr. 917). Eine generelle Rechtspflicht des Steuerberaters, eine zuvor geschuldete Beratung nach Vertragsende unaufgefordert wieder aufzunehmen, wenn der frühere Mandant erkennbar der Beratung bedarf, würde nicht nur die beratenden Berufe in unzumutbarer Weise überfordern, sondern auch nicht berücksichtigen, daß die Beratung im allgemeinen ein besonderes Vertrauensverhältnis voraussetzt (BGH NJW-RR 1990, 460).

Das zwischen den Parteien bestehende Mandatsverhältnis wurde durch das **Kündigungsschreiben der Klägerin vom 1.2.1991** beendet. Der Einhaltung einer Kündigungsfrist bedurfte es nicht (§ 627 BGB). Der Beendigung des Mandatsverhältnisses steht nicht entgegen, daß der Beklagte in der Folgezeit auf Ver-

anlassung des nunmehrigen Steuerberaters der Klägerin vergeblich versucht hat, das Finanzamt zur Erstattung der überzahlten Umsatzsteuer zu bewegen. Einzelne Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Abwicklung des beendigten Mandatsverhältnisses stehen, führen nicht zu einer Fortsetzung oder Neube-gründung des Mandatsverhältnisses. Auch bei anderen, auf Dauer angelegten Vertragsverhältnissen ist es üblich, daß nach Ablauf der Vertragszeit noch Nebenleistungen erbracht werden, die ihre Grundlage in dem beendigten Vertragsverhältnis haben. Dies führt jedoch nicht zu einer Verlängerung oder zu einem Wiederaufleben des Vertragsverhältnisses selbst. Konkrete Anhaltspunkte für eine Feststellung, daß der Beklagte mindestens bis zum 23.8.1993 und ab September 1993 erneut steuerberatend für die Klägerin tätig gewesen sei, werden nicht aufgezeigt. **Die Klägerin behauptet in diesem Zusammenhang auch nicht, daß der Beklagte für seine angebliche Tätigkeit nach Zugang des Kündigungsschreibens Honoraransprüche geltend gemacht habe.**

Ob der Beklagte bereits vor Kündigung des Mandatsverhältnisses Anlaß hatte, die Klägerin auf die gegen ihn bestehenden Regreßansprüche und deren Verjährung hinzuweisen, kann dahinstehen, da **der Ablauf der Verjährungsfrist für den sekundären Schadensersatzanspruch mit der Wirksamkeit der Kündigung, also mit Zugang des Kündigungsschreibens vom 1.2.1991 begann.** Der sekundäre Schadensersatzanspruch der Klägerin verjährte daher Anfang Februar 1994. Die nachfolgende Klageerhebung im März 1994 war nicht geeignet, die Verjährung auch dieses Anspruchs zu unterbrechen.

## GI Leitsatz

### Eigentumswohnung / Steuerberatungspraxis / Nutzungsänderung?

1. Es ist grundsätzlich zulässig, ein in der Teilungserklärung als „Wohnung“ gekennzeichnetes Sondereigentum als Steuerpraxis zu nutzen.
2. Im Falle zulässiger Nutzung einer Eigentumswohnung für eine freiberufliche Praxis müssen die Wohnungseigentümer ein Praxisschild in angemessener Größe am Haus- und Wohnungseingang dulden.

(KG, Beschl. v. 8. 6. 1994 – 24 W 5760/93 – NJW-RR 1995, 333)

## GI Hinweise

1. Zur Durchführung des Zugewinnausgleichs oder zur Bemessung von Erbaugleichansprüchen ist eine Bewertung des Vermögens erforderlich. Soweit ein Unternehmen Teil dieses Vermögens ist, wird es einer eigenen Bewertung unterzogen.

Der Dr. Otto Schmidt Verlag stellt in der Schriftenreihe „Rechtsfragen der Wirtschaft“ eine Darstellung von Heike Braunhofer vor, in welcher die bewertungsrelevanten Kriterien aus betriebswirtschaftlicher und rechtlicher Sicht erörtert werden. Der erste Teil der Darstellung führt den Leser in die Grundlagen der modernen Unternehmensbewertungslehre ein. Der zweite und dritte Teil erörtert die speziellen Probleme im Rahmen des Familien- und Erbrechts. Das Buch ist eine wichtige Orientierungshilfe bei der Beantwortung familien- und erbrechtlich bedingter Unternehmensbewertungen.

(Braunhofer, Unternehmens- und Anteilsbewertung zur Bemessung von familien- und erbrechtlichen Ausgleichsansprüchen, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1995, 337 Seiten, 78,- DM, ISBN 3-504-68008-3)

2. Inhaltlich und äußerlich in handlicher und kompakter Form wird das „GmbH-Taschenbuch“ von den Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt vorgelegt: Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrecht von A–Z; Verträge und Formulare; herausgege-

ben von der Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt; bearbeitet von Prof. Dr. Dieter Schulze zur Wische, Herrn RA Dr. Matthias Hohlfeld, Dipl.-Vw. Herbert Hansen.

(5. überarbeitete und erweiterte Auflage, Verlag Dr. Otto Schmidt KG 1995, 509 Seiten, DIN A6, gebunden, 64,- DM, ISBN 3-504-32614-X)

Das GmbH-Taschenbuch bietet eine schnelle Hilfe. In über 350 Stichwörtern von A–Z wird – prägnant und verständlich – das gesamte Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrecht der GmbH vorgeführt. Einige Musterverträge und Formulare sorgen für zusätzlichen praktischen Nutzen. Einige Stichwort-Beispiele: Abberufung, Altersversorgung, Anteilsbewertung, Pensionsrückstellungen, Umwandlung, verdeckte Gewinnausschüttungen.

Beim Stichwort „Haftpflichtversicherung für Geschäftsführer“ wurde die u.a. von Gerling angebotene directors and officers-Police (D & O) übersehen.

3. Mit Wirkung vom 1.1.1996 ist § 363 Abs. 2 Satz 2 Abgabenordnung geändert worden. Die Vorschrift sieht nunmehr u.a. vor, daß ein Einspruchsverfahren kraft Gesetzes ruht, wenn der Einspruchsführer sich auf ein beim Bundesfinanzhof (als oberstem Bundesgericht) anhängiges Gerichtsverfahren stützt.

Um übermäßige Anfragen zu den anhängigen Verfahren beim Bundesfinanzhof zu vermeiden, werden ab 1.1.1996 alle beim Gericht anhängigen Revisionen veröffentlicht, zu denen eine Sachentscheidung zu erwarten ist. Dies geschieht durch die Übermittlung der relevanten Daten (BFH-Aktenzeichen, Rechtsfrage, Vorinstanz) an das Bundesministerium der Finanzen, welches die Verfahren voraussichtlich im Bundessteuerblatt abdrucken wird sowie durch die Einspeisung der Daten in die juris-Datenbank. Darüber hinaus kann jeder Interessierte die gleichen Daten auch direkt beim Bundesfinanzhof beziehen. Ende Januar 1996 steht eine Gesamtübersicht sämtlicher am 1.1.1996 anhängigen Revisionen (ca. 1000 Verfahren) und anschließend in monatlichen Abständen eine Übersicht der monatlichen Zu- und Abgänge (ca. je 100 Verfahren) zur Verfügung. Die Übersichten können gegen Erstattung der Schreibauflagen gemäß § 4 Abs. 2 Justizverwaltungskostenordnung i.V.m. § 136 Abs. 3 Kostenordnung (für die ersten 50 Seiten 1,00 je Seite und die folgenden Seiten 0,30 DM je Seite) beim Bundesfinanzhof bezogen werden.

(Pressemitteilung des Bundesfinanzhofs vom 18.1.1996)

# Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1-2, 1996)

<b>Amtspflichtverletzung</b>			
- für Erfüllungsgehilfen	96, 29		
<b>Auskunftsvertrag</b>			
- Schaden			
= Grunderwerbsteuer	96, 42		
<b>Belehrungspflicht d. StB/WP</b>			
- ungefragte -			
= vollständige -	96, 3		
<b>Dritthaftung</b>			
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter			
= Sachverständigengutachten	96, 41		
= Testamenterrichtung	96, 39		
<b>Eigentumswohnung</b>			
- Steuerberatungspraxis			
= Nutzungsänderung	96, 52		
<b>Einspruch</b>			
- Fristversäumnis			
= WE-Antrag	96, 48		
<b>Erfüllungsgehilfe</b>			
- des Notars			
= bei Grundbucheinsicht	96, 29		
<b>Finanzgerichtsordnung</b>			
- Klageerhebung, § 42 Abs. 2 Satz 1 FGO	96, 28		
<b>Fristenkontrolle</b>			
- Fristüberwachung durch RA			
= bei Aktenvorlage	96, 2		
= trotz EDV-Programm	96, 34		
- Fristversäumnis, unverschuldetes			
= Beförderung d. Post durch neuen Mitarbeiter	96, 35		
<b>Garantievertrag</b>			
- Steuerberatungsvertrag	96, 42		
<b>GmbH</b>			
- Geschäftsführer	96, 28		
= Steuerhaftung	96, 28		
<b>Grundstückshandel</b>			
- ohne Modernisierungen?	96, 2		
<b>Honoraranspruch d. StB</b>			
- Buchführung			
= Überprüfung und Korrektur	96, 6		
- Gebührenvereinbarung, § 4 StBGebV	96, 6		
= Auslegung d. -	96, 6		
<b>Kausalität</b>			
- Fehler des 2. StB			
= WE-Antrag	96, 47		
<b>Klageerhebung</b>			
- beim FG, § 47 Abs. 2 Satz 1 FGO	96, 28		
<b>Notar</b>			
- Aufklärungspflichten			
= Straßenverkehrsflächen	96, 22		
- Grundbucheinsicht			
= durch Hilfsperson	96, 29		
<b>Prozeßvollmacht</b>			
- Originalvollmacht	96, 28		
<b>Rechtsanwalt</b>			
- Testamenterrichtung	96, 37		
- unterlassene Vollstreckung	96, 14		
<b>Sachverständiger</b>			
- Dritthaftung			
= Arglist d. Auftraggebers	96, 41		
<b>Schaden</b>			
- vermeidbare Steuerbelastung			
= Grunderwerbsteuer	96, 42		
- vermeidbares Steuerberatungshonorar	96, 47		
<b>Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB</b>			
- rechtswidriges Versäumnisurteil	96, 14		
<b>Steuerberaterprüfung</b>			
- berufspraktische Vorbildung			
= RA-Tätigkeit	96, 2		
<b>Steuerhaftung</b>			
- GmbH-Geschäftsführer			
= Steuerberaterverschulden	96, 28		
<b>Umsatzsteuer</b>			
- Steuerausweis, unberechtigter § 14 Abs. 3	96, 2		
<b>Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)</b>			
- Belehrungspflicht über eigene Fehler und			
über Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch			
= Beginn des -	96, 50		
<b>Verzug</b>			
- des Steuerberaters	96, 47		
<b>Vollmacht</b>			
- Nachweis d. -	96, 28		
<b>Zustellen</b>			
- an StB oder Mandanten	96, 2		
<b>Zwangsvollstreckungsauftrag</b>			
- Einwand d. § 826 BGB	96, 14		
- gegen RA	96, 14		
- rechtswidriger Titel	96, 14		
BGH v. 10. 11. 1994 - III ZR 50/94	96, 41		
= NJW 1995, 392			
BGH v. 20. 2. 1995 - II ZB 16/94	96, 34		
BGH v. 13. 6. 1995 - IX ZR 121/94	96, 37		
BGH v. 21. 9. 1995 - IX ZR 228/94	96, 14		
BGH v. 18. 10. 1995 - I ZB 15/95	96, 35		
BGH v. 19. 10. 1995 - IX ZR 20/95	96, 6		
BGH v. 19. 10. 1995 - IX ZR 104/94	96, 22		
BGH v. 9. 11. 1995 - IX ZR 161/94	96, 3		
BGH v. 23. 11. 1995 - IX ZR 213/94	96, 29		
OLG Düsseldorf v. 13. 10. 1994 - 13 U 217/93	96, 47		
OLG Düsseldorf v. 22. 6. 1995 - 13 U 150/94	96, 50		
OLG Hamm v. 3. 5. 1995 - 25 U 129/94	96, 42		
KG v. 8. 6. 1994 - 24 W 5760/93	96, 52		
= NJW-RR 1995, 333			
BFH v. 8. 9. 1994 - V R 3/92	96, 2		
= BFH/NV 1995, 834			
BFH v. 18. 1. 1995 - I B 181/93	96, 2		
= BFH/NV 1995, 852			
BFH v. 7. 3. 1995 - VII R 84/94	96, 2		
- Vorinstanz FG Baden-Württemberg EFG 1994, 983			
= StBKammer Rh-Pf KM 8/95			
BFH v. 21. 3. 1995 - III R 259/94	96, 2		
= BFH/NV 1995, 907			
BFH v. 4. 4. 1995 - IV B 129/94	96, 2		
= BFH/NV 1995, 876			
BFH v. 30. 8. 1994 - VII R 101/92	96, 28		
= WPK-Mitt. 1995, 99 = BStBl 1995 II, 278			
BFH v. 26. 4. 1995 - I R 22/94	96, 28		
= LEXinform 0127099			